



Anträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
am 23. Oktober 2021 in Freiburg**

Berichterstatter*innen

Antragsbereich	Berichterstatter*innen
Arbeitsprogramm	Daniela Harsch
Arbeit und Soziales	Birte Könnecke Daniela Harsch
Außen- und Sicherheitspolitik	Bettina Ahrens-Diez René Repasi
Bildung	Tim Strobel Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Heike Baehrens
Innen und Recht	Lina Seitzl Jonas Weber
Partei und Organisation	Stephanie Bernickel René Repasi
Steuern und Finanzen	Daniel Born
Umwelt und Verkehr	Birte Könnecke Tim Strobel
Initiativanträge	Daniela Harsch René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Jakob Dongus	Sonja Elser
Daniela Harsch	Rainer Hinderer	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Renate Knauss	Birte Könnecke
Benjamin Köpfle	Christian Lange	Judith Marvi
Katja Mast	Dominique Odar	René Repasi
Gabi Rolland	Andrea Schiele	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Frederic Striegler	Tim Strobel
Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl	Jonas Weber
Sebastian Weigle	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Arb - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Arb 01	Nur Gemeinsam sind wir stark - Solidarischer Umgang und gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen Landesvorstand <i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i>	10

AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS 01	Rentnerkrankenversicherung OV Denzlingen <i>Ablehnung</i>	17
AS 02	Anspruch auf bezahlte Menstruationsfreistellung KV Heidelberg <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	18
AS 03	Gebärdensprache bei Bundes- und Landespressekonferenzen KV Karlsruhe-Stadt <i>Annahme</i>	21

AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AUS 01	Friedenssicherung durch Entwicklung SPD 60 plus Baden-Württemberg <i>Überweisung an den Landesvorstand mit der Bitte um Antragstellung auf dem nächsten ord. Landesparteitag</i>	22
AUS 02	Keinen Stopp der Luftbrücke aus Afghanistan ASF Baden-Württemberg <i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i>	24

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B 01	Gleichstellung der Gesellschaftswissenschaften an Schulen KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	25
B 02	So wenig digitale Arbeit wie möglich OV Dornstetten-Waldachtal <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>	27

G - Gesundheit und Pflege

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G 05	Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit bei Pandemien OV Dornstetten-Waldachtal <i>Ablehnung</i>	28

IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR 01	Stärkung der Kinderschutzrechte KV Karlsruhe-Land <i>Ablehnung</i>	30
IR 02	Was bedeutet die Pandemie für queeres Leben? – Bestandsaufnahme und ein Forderungskatalog nach eineinhalb Jahren Coronapolitik Landesvorstand, SPDqueer Baden-Württemberg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	31
IR 03	My name – my choice Jusos Baden-Württemberg <i>Annahme</i>	38
IR 04	Sicherheit – auch für die persönlichen Daten! Für mehr Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der Telekommunikationsüberwachung! Jusos Baden-Württemberg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	40
IR 05	Gelebte Demokratie voranbringen. Demokratieförderung konkret gestalten. KV Neckar-Odenwald, KV Main-Tauber <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>	43
IR 06	Allgemeines Vorkaufsrecht von Kommunen an bebauten und unbebauten Grundstücken und Wohnungen KV Karlsruhe-Stadt <i>erledigt durch Beschlusslage (LPT vom 28.04.2018 in Bruchsal)</i>	45
IR 07	Bessere Kontrolle bei der Verbeamtung KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion</i>	48
IR 08	Ausbildung von Polizist:innen und Jurist:innen in Antisemitismus und Verschwörungsmythen KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an den Landesvorstand</i>	50
IR 09	Geschlechtergerecht in Wort und Schrift ASF Baden-Württemberg <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	51
IR 10	Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte und besonders gefährdete Frauen ASF Baden-Württemberg <i>Annahme</i>	52

PO - Partei und Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
PO 01	Verbot der Vereinbarkeit von Amt und Delegiertenmandat KV Karlsruhe-Land <i>Ablehnung</i>	53
PO 02	Keine mit SPD-Mitteln finanzierten Inlandsflüge nach Berlin KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an den Landesvorstand</i>	54
PO 04	Mehr Demokratie vor Ort wagen. Stärkung der innerparteilichen Demokratie und einer lebendigen Diskussionskultur. KV Karlsruhe-Land <i>Ablehnung</i>	55
PO 07	Wahl des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl KV Freiburg <i>Ablehnung</i>	57

SF - Steuern und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SF 01	Einführung einer Transportsteuer KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	58

UV - Umwelt und Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
UV 01	Alternative Fahrzeugantriebe erforschen und fördern OV Denzlingen <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>	59
UV 02	Kreuzfahrt-Angebote des SPD-Reiseservice KV Karlsruhe-Stadt <i>Annahme</i>	60
UV 03	Böllern an Silvester verbieten KV Karlsruhe-Stadt <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	61

Antrag Arb 01: Nur Gemeinsam sind wir stark - Solidarischer Umgang und gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 17 - 19: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 29: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 (Wird nach der BTW angepasst) Eine Partei, die Solidarität zu ihren Grundwerten
2 zählt, muss diese auch im Umgang miteinander leben. Hier haben wir gemeinsam bereits
3 große Fortschritte gemacht. Fragt man die Menschen, was sie mit der SPD verbinden,
4 denken allerdings noch immer viele zuerst an innerparteiliche Querelen und
5 Orientierungslosigkeit. Das hat unter anderem die Analyse zur Aufarbeitung der
6 Landtagswahl 2021 ergeben, bei der ein Autor*innenteam Interviews mit
7 Parteimitgliedern, Kandidierenden, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen geführt
8 hat. Es gilt nun, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.
- 9 Wir haben bewiesen, dass persönliche Angriffe und ein destruktiver und verletzender
10 Umgang miteinander der Vergangenheit angehören. Eine gute, wertschätzende und
11 transparente Zusammenarbeit mit allen unseren Gremien ist für eine erfolgreiche und
12 geschlossene Partei elementar. Die Landesspitze, Vorstand, Fraktion, Landesgruppe und
13 Kommunalvertreter*innen arbeiten inzwischen gut als Team zusammen. Die Bundestagswahl
14 hat gezeigt, dass wir dann stark sind, wenn wir hart in der Sache diskutieren und
15 trotzdem Mehrheitsentscheidungen respektieren und solidarisch tragen. (Wird nach der
16 BTW ergänzt)
- 17 Im Arbeitsjahr 2022 ~~wird die SPD Baden-Württemberg erste Schritte angehen, weitere~~
18 ~~werden in den nächsten Jahren folgen. Vordringlich~~ wollen wir uns folgenden Aufgaben
19 widmen:
- 20 **POLITISCHE SCHWERPUNKTE SETZEN – EIN ZUKÜNFTIGES LANDESPROGRAMM ENTWICKELN**
- 21 Auch in der kommenden Arbeitsperiode wollen wir politische Schwerpunkte setzen.
- 22 **Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg**
- 23 Die Corona-Pandemie stellt eine Zäsur in fast allen Politikbereichen dar, besonders
24 aber in unserem sozialen Zusammenleben. Wir brauchen daher Anstöße für eine neue
25 Sozialpolitik, welche Gesundheit, Pflege, Gleichstellung, Familien und
26 Armutsbekämpfung gleichermaßen in den Blick nimmt. Dabei geht es auch um
27 Strukturfragen in der Sozialpolitik. Wir machen uns auf eine sozialpolitische Reise,

28 um in den wesentlichen Fragen wieder ein klareres Profil zu erlangen. In einer
29 eigenen Projektgruppe des Landesverbandes widmen wir uns bereits der Frage, was
Kinder und
30 Jugendliche jetzt besonders brauchen.

31 **GUTE KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG**

32 Eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie in der Oppositionsrolle und eine effektive
33 interne Verzahnung sind entscheidend für eine positive Entwicklung der SPD in Baden-
34 Württemberg. In diesem Bereich haben wir uns im letzten Jahr bereits
35 weiterentwickelt. Die hier begonnenen Ansätze in der digitalen Arbeit, dem Community
36 Management und der internen Kommunikation müssen weiter gefestigt und die Strukturen
37 auf allen Ebenen vernetzt werden.

38 **Parteiarbeit und Kommunikation auf allen Ebenen verzahnen**

39 Um die Parteiarbeit besser und vor allem schneller abzustimmen, soll die Arbeit auf
40 allen Ebenen zwischen Landtags- und Bundestagsfraktion, Landesverband und Kommunen
41 weiter verzahnt werden. Die politische Führung der einzelnen Teile unserer Partei
42 arbeitet immer enger zusammen. Auf der Arbeitsebene müssen wir die Zusammenarbeit
43 zwischen Landesverband, Landtagsfraktion, Landesgruppe, Abgeordnetenbüros, Kommunalen

44 und SGK allerdings deutlich intensivieren. Auch wenn die verschiedenen Ebenen
45 aufgrund gesetzlicher Vorgaben getrennt Aufgaben wahrnehmen müssen, so müssen wir uns
46 zunehmend als eine Einheit verstehen. Abläufe und Prozesse wollen wir bei einer
47 Tagung mit Mitarbeiter*innen der genannten Ebenen zu Beginn des Jahres 2022 erstmals
48 gemeinsam erarbeiten und in regelmäßigen Abständen weiterentwickeln.

49 Um auch in unseren lokalen Strukturen umfassendes Wissen über die technische und
50 organisatorische Umsetzung einer guten Kommunikationsarbeit zu schaffen, wollen wir
51 ein Bildungsprogramm schaffen, mit dem ehrenamtliche Kommunikationsmanager*innen
52 ausgebildet werden sollen. Hierbei sollen die Teilnehmer*innen Kompetenzen für eine
53 gute politische Kommunikation im digitalen und analogen Bereich erwerben.
54 Bewerber*innen sollen von den Kreisverbänden vorgeschlagen werden und nach der
55 abgeschlossenen Schulung die Kommunikationsarbeit vor Ort unterstützen.

56 **Sprechfähigkeit verbessern**

57 Gleichzeitig soll ein Prozess für planbare Kommunikationsinhalte festgelegt werden,
58 um die Sprachfähigkeit rechtzeitig auf allen Ebenen vorzubereiten und in der Fläche
59 in Zukunft noch einheitlicher kommunizieren zu können.

60 **Inhaltliche Arbeit durch gute Struktur und Organisation stärken**

61 Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Themen wird in der gesamten
62 Partei großgeschrieben und auf Mitgliederebene gelebt – darauf sind wir zu Recht
63 stolz. Um diesen Anspruch unserer eigenen Tradition im Landesverband zu spiegeln,
64 soll die Geschäftsstelle zukünftig für eine stärkere und proaktive inhaltliche
65 Auseinandersetzung mit den Themen befähigt werden, sodass hier auch eigenständig
66 Ideen entstehen und weiterentwickelt werden, die in Zusammenarbeit mit dem
67 Landesvorstand und der Landtagsfraktion die Parteiarbeit auf allen Ebenen beleben und

68 Impulse in die Gliederungen geben können.

69 **Auf geschlechtergerechte Sprache und ausgeglichene Bildsprache achten**

70 Bei aller Kommunikation, in den sozialen Netzwerken, digitalen Events und in der
71 internen Kommunikation soll weiterhin eine geschlechtergerechte Sprache und eine
72 ausgeglichene und diverse Bildsprache sowie, wo möglich, eine paritätische Besetzung
73 von allen externen und internen Veranstaltungen, Podiumsgesprächen, digitalen
74 Formaten, Pressekonferenzen etc. umgesetzt werden. Wir sind eine moderne und
75 vielfältige Partei. In unserer Arbeit wollen wir diese Vielfalt abbilden, indem wir
76 auch weiterhin auf quotiert besetzte Podien achten und die Buntheit und Vielfalt, die
77 wir als SPD leben, noch besser nach außen sichtbar machen. Dazu gehört auch, dass wir
78 weiterhin und verstärkt unsere Funktionsträger*innen in ihrer Rolle als
79 Botschafter*innen einsetzen.

80 **Interne Kommunikation ausbauen**

81 Wir wollen unsere Mitglieder motivieren, sich stärker und unkomplizierter in die
82 Parteiarbeit einzubringen. Davon profitiert die ganze Partei. Mit dem Roten Netz
83 haben wir ein neues Format für digitale Parteiarbeit gestartet und so einen Weg zu
84 mehr direkter Mitgliederbeteiligung geschaffen.

85 Der Bereich der internen Kommunikation soll in Zukunft noch stärker ausgebaut und
86 eine interne Kommunikationsstrategie konsequent umgesetzt werden, sodass hier im
87 gesamten Landesverband und den Gliederungen klare Strukturen entstehen und bestehende
88 Strukturen weiter ausgebaut und gefestigt werden. Um interne Informationen
89 ganzheitlich umzusetzen und die E-Mail-Flut zu verringern, soll das Rote Netz weiter
90 betreut und verstärkt auch für die Interne Kommunikation zwischen
91 Landesgeschäftsstelle, Gliederungen und Wahlkampfteams genutzt werden. Um das Rote
92 Netz als Tool für Wissensmanagement und „Go To“-Plattform für die interne
93 Planung auch in den Ortsvereinen und für thematische Arbeit einzuführen, wird die
94 bereits angelaufene „Interne Influencer“-Arbeit in Bezug auf das Rote Netz
95 weiterverfolgt. Die Mitglieder werden in der Nutzung regelmäßig geschult und aus der
96 Landesgeschäftsstelle aktiv unterstützt.

97 Das Rote Netz als Plattform für inhaltliche Parteiarbeit haben wir bereits im Prozess
98 der Erstellung unseres Landtagswahlprogrammes positiv erprobt. Wir binden, moderiert
99 durch Mitglieder aus dem Landesvorstand, unsere Mitglieder auch in Zukunft in unsere
100 Arbeit als Landesverband ein. Wir schaffen dadurch für sie die Möglichkeit, sich auch
101 zwischen den Parteitagen projektbezogen im Roten Netz zu verschiedenen
102 Fragestellungen zu äußern.

103 **Community-Arbeit intensivieren**

104 Die Community-Arbeit und die dazu gehörigen, bereits aufgebauten Gruppen (Influencer
105 Network und Community Jetzt) werden weiter ausgebaut, in der Kommunikationsabteilung
106 aktiv betreut und weitergebildet, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und auch über
107 Wahlkämpfe hinaus effektiv über soziale Medien kommunizieren zu können, Präsenz zu
108 zeigen und Beziehungen auf- und auszubauen.

109 **Schulungen für Mandatsträger*innen und ihre Mitarbeiter*innen anbieten**

110 Den Mandatsträger*innen und ihren Mitarbeiter*innen sollen genau wie den Gliederungen

111 durch Schulungen und einen schnelleren Informationsfluss bzw. den verbesserten
112 Kommunikations-Flow die nötigen Mittel, Sprache und Argumentationen an die Hand
113 gegeben werden, um verstärkt selbst in den Sozialen Medien aufzutreten und die
114 offizielle Kommunikation so zu unterstützen.

115 Um auch in unseren lokalen Strukturen umfassendes Wissen über die technische und
116 organisatorische Umsetzung einer guten Kommunikationsarbeit zu schaffen, wollen wir
117 Bildungsangebote erarbeiten, mit dem die Teilnehmer*innen Kompetenzen für eine gute
118 politische Kommunikation im digitalen und analogen Bereich erwerben.

119 **PARTEIARBEIT MODERN UND KOMMUNIKATIV**

120 Die SPD Baden-Württemberg hat rund 33.000 Mitglieder. Bei der Landtagswahl haben uns
121 aber nur 11 % der Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen geschenkt. Die damit
122 verbundenen finanziellen Auswirkungen stellen den Landesverband vor große
123 Herausforderungen. Einerseits wollen wir unsere Mitglieder und Gliederungen optimal
124 unterstützen, andererseits müssen wir mit den vorhandenen personellen und
125 finanziellen Ressourcen haushalten. Dieses Dilemma wollen wir angehen, indem der
126 Landesvorstand zu Beginn des Jahres 2022 eine Organisationspolitische Kommission
127 einsetzt. Diese Kommission soll für den Landesvorstand Vorschläge erarbeiten, in
128 welcher Weise wir uns organisatorisch weiterentwickeln können. Der Landesvorstand
129 entscheidet dann, welche Vorschläge zum ordentlichen Parteitag Ende 2022 eingebracht
130 werden.

131 **Landesvorstandsarbeit effektiver gestalten**

132 Die Kernaufgabe des Landesvorstands ist es, strategische Entscheidungen für die
133 gesamte Landespartei zu treffen. Dazu wollen wir weiterhin ergebnisorientiert
134 arbeiten und möglichst wenig Zeit der Eigenbeschäftigung widmen. Wir werden
135 transparent und kooperativ zusammenarbeiten und Zuständigkeiten definieren, um so
136 unserer Rolle als Führungsgremium gerechter zu werden. Die inhaltliche Arbeit
137 zwischen Landtagsfraktion, Landesgruppe, Kommunalpolitischen Vertretern und dem
138 Landesvorstand soll in konkreten Arbeitsergebnissen münden. Wir wollen inhaltliche
139 Zuständigkeiten der Mitglieder des Landesvorstands aktiv leben und die Vielfalt des
140 Gremiums nutzen. Jedes Mitglied in den Führungsgremien soll weiterhin eigene
141 inhaltliche Vorschläge einbringen oder Debatten anregen können. Damit die SPD Baden-
142 Württemberg im ganzen Land wahrgenommen und wieder erfolgreich wird, müssen alle
143 Landesvorstandsmitglieder, aber auch Kreisvorsitzende und Mandatsträger*innen, noch
144 mehr als bisher in ihre Regionen hineinwirken. Dadurch erhöht sich für die
145 Bürgerinnen und Bürger die Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der gesamten Partei.

146 Während der Corona-Pandemie haben wir gelernt, für Gremiensitzungen und
147 Veranstaltungen digitale Möglichkeiten zu nutzen. Darauf wollen wir auch in Zukunft
148 nicht verzichten, nicht zuletzt, weil die digitalen Sitzungen weite Wege ersparen und
149 zudem familienfreundlich sind. Die Sitzungen des Präsidiums werden bis auf weiteres
150 als Videokonferenzen stattfinden. Bei den Landesvorstandssitzungen setzen wir auf
151 eine Mischung aus Präsenz- und Online-Treffen. Ein ähnliches Vorgehen empfehlen wir
152 auch den Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften. Zweimal jährlich trifft sich

153 der Landesvorstand zu Klausurtagungen. Alle Mitglieder des Landesvorstands sind
154 aufgerufen, Impulse und Vorschläge zu erarbeiten und bei Klausurtagungen
155 einzubringen.

156 Damit unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, sich inhaltlich gezielt mit einem
157 Thema auseinandersetzen und einbringen zu können, wollen wir die kleinen Parteitage
158 auch weiterhin beibehalten. Wie bisher planen wir zwei Kreisvorsitzenden-Konferenzen
159 pro Jahr, um den Austausch mit unseren Kreisverbänden, aber auch den
160 Arbeitsgemeinschaften zu fördern.

161 **Mitgliedschaft, Partizipation und Aufstieg von Frauen und Jungen in der Partei**

162 Wir decken hinderliche innerparteiliche Strukturen für die Mitgliedschaft und
163 Partizipation von Frauen und jungen Engagierten in der Partei auf und bauen diese
164 entsprechend ab. Wir wollen gezielt junge Frauen fördern und stärken.

165 **Kampagnenfähigkeit aufrechterhalten**

166 Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Sie bildet in ihrer Mitgliedschaft die
167 Gesellschaft in ihrer Breite ab und schöpft daraus auch ihren Gestaltungsanspruch.
168 Eine aktive Mitgliedschaft ist für uns Basis der politischen Entscheidungsprozesse.
169 Deshalb sind für uns die Gewinnung neuer Mitglieder für die Sozialdemokratie und die
170 optimale Betreuung aller Mitglieder von besonderer Bedeutung. Mitgliedergewinnung
171 und-betreuung rücken daher wieder deutlicher in den Fokus unserer Arbeit.

172 Wir wissen, dass wir nicht mehr auf allen Ebenen und in allen Gliederungen stark
173 genug sind, Kampagnen effektiv und deutlich sichtbar umzusetzen. Die hervorragend
174 angenommene und von den Orts- und Kreisverbänden umgesetzte Kampagne für
175 Gebührenfreie Kitas hat aber gezeigt, dass Kampagnenfähigkeit für eine
176 Oppositionspartei und ihre politische Wahrnehmung wesentlich ist und Kampagnen,
177 welche eine hohe politische Identifikation und Mobilisierung bieten, von der
178 Mitgliedschaft auch gerne angenommen werden. Wir werden daher unsere
179 Organisationsstrukturen im kommenden Jahr sowohl auf den einzelnen Ebenen als auch im
180 Zusammenspiel der Ebenen und des Haupt- und Ehrenamtes sowie der Mandatsträger*innen
181 im Hinblick auf unsere Kampagnenfähigkeit überprüfen und Vorschläge für eine
182 verbesserte Aufstellung erarbeiten.

183 Zum Erhalt unserer Fähigkeit zur Umsetzung politischer Kampagnen gehört die
184 kontinuierliche Qualifizierung unserer Funktionär*innen und Mitglieder zur
185 Kampagnenarbeit. Mit den Erkenntnissen aus den Bildungsworkshops in den Wahlkämpfen
186 2021 werden wir unsere innerparteiliche Bildungs- und Qualifizierungsarbeit in dieser
187 Hinsicht forcieren. Unsere Kampagnen müssen moderner, ansprechender und interaktiver
188 werden. Wir wollen mehr Menschen einbeziehen und neue Aktionsformen erproben.

189 In einigen ländlichen Gebieten können unsere bisherigen Parteistrukturen kaum mehr
190 aufrechterhalten werden. Um neue Impulse für unsere Kampagnenfähigkeit zu schaffen
191 und unsere Mitglieder vor Ort zu motivieren, werden wir modellhaft ein Angebot in
192 einzelnen Kreisverbänden schaffen, das durch Mandatsträger*innen unterstützt wird.

193 **Gleichgesinnte finden**

194 In der Vergangenheit haben wir die konstruktive Zusammenarbeit mit Gewerkschaften,
195 Vor- und Umfeld-Organisationen, wie z.B. AWO, Naturfreunde etc., oftmals

196 vernachlässigt. Wenn wir eine lebendige Partei inmitten der Gesellschaft sein wollen,
197 müssen wir diese Kontakte wiederbeleben, intensivieren und nutzen. Es lohnt sich,
198 themenbezogene Bündnisse einzugehen. Das hat unsere Kampagne zu Gebührenfreien Kitas
199 gezeigt. Auch die Kirchen stehen uns näher, als viele glauben. Deshalb wollen wir
200 auch diese verstärkt bei Veranstaltungen einbeziehen.

201 **Zielgruppenarbeit ausbauen**

202 Wenn wir erfolgreich Politik machen wollen, müssen wir uns auf die Zielgruppen
203 konzentrieren und diese gezielt ansprechen. Dabei unterstützen uns die
204 Arbeitsgemeinschaften mit ihrer Expertise. Darüber hinaus wollen wir unsere
205 Zielgruppenarbeit im Zusammenspiel mit den verschiedenen Ebenen unserer Partei weiter
206 professionalisieren.

207 **Zukunft leben**

208 *„Die Grünen sind wie Wochenmarkt und Latte Macchiato, die SPD wie Goldene Hochzeit*
209 *und Kegelbahn.“* Dieser Satz aus der Analyse der Landtagswahl spiegelt ein weit
210 verbreitetes Gefühl zur SPD nicht nur auf Landesebene wider. Bereits jetzt
211 fusionieren bei uns beide "Lebensgefühle" – den daraus entspringenden, SPD-eigenen
212 Charme können wir für uns nutzen und ausbauen. Wir wollen die Stärken, die sich aus
213 den traditionsreichen, verwurzelten Parteistrukturen ergeben, nutzen, und uns
214 gleichzeitig dort weiterentwickeln, wo eine Modernisierung dringend notwendig und
215 zeitgemäß wäre. Neben den bereits begonnenen Anstrengungen in der digitalen Arbeit
216 und der Förderung von Frauen und jungen Mitgliedern, bedeutet dies auch, uns in der
217 Außenwirkung des Landesverbands modernisieren. Konkret wollen wir auch in der
218 Landesgeschäftsstelle verstärkt eine Kultur der Wertschätzung der bereits im Haus
219 vorhandenen Stärken fördern und gleichzeitig Platz für neue Ideen schaffen.

220 **ERFOLGREICH AUF ALLEN EBENEN**

221 **Kommunale Chancen nutzen – Frauen fördern**

222 Auch in diesem Jahr haben viele - häufig sehr junge Sozialdemokrat*innen -
223 Bürgermeister-wahlen gewonnen oder die Wiederwahl erfolgreich bestritten. Dem Ziel
224 „Mehr Rote Rathäuser“ sind wir einen Schritt nähergekommen. Um die
225 Gestaltungsmöglichkeiten in den Rathäusern unseres Landes künftig noch besser nutzen
226 zu können, braucht es mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Spitze der
227 Verwaltung in unseren Rathäusern. Wir wollen weiterhin geeignete Persönlichkeiten für
228 diese Ämter begeistern. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Gewinnung
229 weiblicher Bewerberinnen.

230 Wir wollen in enger Kooperation mit der SGK und unter Einbeziehung der regionalen
231 Ebene eine vorausschauende und langfristig angelegte Strategie für
232 Oberbürgermeister*innen- und Bürgermeister*innen-Wahlen im Rahmen der
233 organisationspolitischen Kommission entwickeln. Erste Schritte sollen bei der Klausur
234 des Landesvorstands im November 2021 eingeleitet werden. Die Landesgeschäftsstelle
235 steht den örtlichen Parteigliederungen, den Fraktionen und den an einer Bewerbung
236 Interessierten beratend zur Seite.

237 **Dem Nachwuchs eine Chance**

238 Unser Nachwuchsförderprogramm ‚Talentwerkstatt - 10 unter 35‘, mit dem wir junge und
239 engagierte Mitglieder aktiv und gezielt fördern und ihnen Unterstützung und Hilfe
240 geben wollen, statt sie als Konkurrenz wahrzunehmen, ist 2020 gestartet. Die gezielte
241 Personalentwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Erneuerung der SPD in Baden-
242 Württemberg. Corona-bedingt konnte der Praxisteil noch nicht von allen
243 Teilnehmer*innen abgeschlossen werden. Im Anschluss daran werden wir das Programm
244 evaluieren und weiterentwickeln.

Antrag AS 01: Rentnerkrankenversicherung

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	OV Denzlingen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 Rentnerkrankenversicherung

2 Wir fordern die Abgeordneten der Landesgruppe Baden-Württemberg auf, sich für die
3 Änderung in der Rentnerkrankenversicherung einzusetzen.

4 Die 9/10 Regelung der gesetzlichen Krankenversicherung sollte sich an den Zeiten der
5 Grundrente - Rentenversicherungszeiten – orientieren. Denkbar ist, dass man einen
6 Zeitraum von 10 Jahren in der gesetzlichen Krankenversicherung vor Eintritt in den
7 Rentenbezug als Voraussetzung für die Aufnahme in die Rentnerkrankenversicherung
8 zugrunde legt.

Begründung

Die geltende 9/10 Regelung – in der gesetzlichen Krankenversicherung - vor Eintritt in die gesetzliche Rente stellt sich für den Einen oder die andere RentenempfängerIn ein finanzielles Problem dar. Darüber hinaus bildet diese Regelung nicht mehr die Realität der ArbeitnehmerInnen ab.

Frauen und Männer werden später Eltern, d.h. dass sie zunächst in ihrem Beruf tätig sind, wegen der Kindererziehung ihre Berufstätigkeit unterbrechen und dann wieder Erwerbstätig werden. Wer in der Zeit, in der die Berufstätigkeit unterbrochen wurde, nicht gesetzlich sondern privat versichert war, kann nicht in die Rentnerkrankenkasse wechseln.

Durch die gesetzlichen Angebote zur Chancengleichheit von Frauen und Männern – Elternzeit, Elternzeit-Plus sowie Ausbau der Kitaplätze und Ganztagschulen – werden künftig immer weniger Frauen und Männer davon betroffen sein.

Antrag AS 02: Anspruch auf bezahlte Menstruationsfreistellung

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 Wir sprechen uns für einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung für 1-3 Tage pro Monat bei
2 Menstruationsbeschwerden menstruierender Arbeitnehmer*innen aus. Damit leisten wir
3 einen Beitrag zur Enttabuisierung und Entstigmatisierung der Menstruation.

4 Voraussetzung des Anspruchs auf Entgeltfortzahlung bei Menstruationsbeschwerden ist
5 ein jährlich ausgestelltes ärztliches Attest, das eine Menstruation des*der
6 Arbeitnehmer*in und Beschwerden im Zusammenhang mit der Menstruation attestiert.
7 Darunter sind alle körperlichen und psychischen Belastungen zu verstehen, unter denen
8 menstruierende Personen aufgrund ihrer Menstruationszyklen leiden können. Diese
9 Belastungen können unter anderem umfassen: Bauchkrämpfe, Gelenkschmerzen,
10 insbesondere eine Ausstrahlung der Schmerzen in Beine und Rücken,
11 Verdauungsbeschwerden, Übelkeit, Schwindel, Kreislaufprobleme, Kopfschmerzen,
12 Appetitlosigkeit, depressive Verstimmungen, Konzentrationsstörungen, Schlaflosigkeit
13 und Müdigkeit.

14 Da Menstruationsbeschwerden sehr individuell sind, stellen wir nicht auf eine
15 einheitliche Lösung ab und fordern keine automatische Verpflichtung der
16 Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung durch menstruierende
17 Arbeitnehmer*innen. Vielmehr soll der Anspruch für 1-3 Tage pro Monat durch die
18 Arbeitnehmer*innen freiwillig durch Mitteilung gegenüber ihren Arbeitgeber*innen
19 geltend gemacht werden können. Eine menstruierende Person, die ihr zustehende Tage
20 nicht in Anspruch nimmt, soll keine Ausgleichszahlung beanspruchen können, da durch
21 diese ein falscher finanzieller Anreiz auf Nichtinanspruchnahme der freien Tage
22 gesetzt würde. Auch nicht- menstruierende Personen können keine Ausgleichszahlungen
23 verlangen, da es sich bei der Menstruationsfreistellung nicht um eine Bevorteilung
24 menstruierender Arbeitnehmer*innen handelt.

25 Wir positionieren uns weiterhin dahingehend, dass wir die Frage nach einer möglichen
26 oder geplanten Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung als eine im
27 Bewerbungsgespräch unzulässige Frage ansehen, die den Bewerber*innen ein Recht zur
28 Lüge gibt.

Begründung

Eine erhebliche Anzahl von Personen ist von der Menstruation betroffen, im Regelfall einmal monatlich für 5-7 Tage. Es handelt sich dabei um einen natürlichen körperlichen Vorgang. Dennoch wird das Thema Menstruation und Beschwerden im Zusammenhang mit der Menstruation in der Gesellschaft weiterhin tabuisiert und klein geredet. Laut dem SCA-Matters Report des SCA aus dem Jahr 2016 stellt die Menstruation für 18 % der deutschen Frauen ein absolutes Tabu dar, weshalb sie darüber nie sprechen würden.

Dabei haben laut Techniker Krankenkasse 75 % aller Frauen zeitweise mit leichten bis stärkeren Beschwerden während ihrer Menstruation zu kämpfen. Mehr als 10 % aller Frauen haben so starke Beschwerden, dass sie ihren Beruf und Alltag nicht mehr wie gewohnt meistern können.

Der medizinische Begriff für Regelschmerzen während der Menstruation lautet Dysmenorrhoe. Dabei beruhen nicht alle Schmerzen ausschließlich auf der Menstruation selbst. Mediziner unterscheiden zwischen primärer und sekundärer Dysmenorrhoe. Während die primäre Dysmenorrhoe Beschwerden beschreibt, die durch die Menstruation selbst ausgelöst werden, v.a. verstärkte Gebärmutterkontraktionen, umfasst die sekundäre Dysmenorrhoe Folgebeschwerden oder Erkrankungen, wie Myome, Zysten oder Endometriose, die ebenfalls besonders starke Schmerzen während der Periode auslösen können. Jüngere Personen sind häufiger von Dysmenorrhoe betroffen, während Personen über 35 Jahren öfter unter dem prämenstruellen Syndrom (PMS) leiden. PMS beschreibt die Beschwerden in den Tagen bis zu zwei Wochen vor der Regelblutung aufgrund eines hormonellen Ungleichgewichts im Körper.

Wie auch die Menstruation selbst ist der Umgang mit den damit zusammenhängenden Beschwerden noch nicht in der Normalität der Gesellschaft angelangt. Bei Regelschmerzen wird Betroffenen gerne erklärt, sie sollten einfach die Zähne zusammenbeißen und eine Schmerztablette nehmen. Dass es sich bei Menstruationsbeschwerden nicht um eine faule Ausrede oder Hysterie handelt, zeigt die Studie von John Guillebaud, Professor am University College London. Die Studie trifft eine klare Aussage zur möglichen Intensität von Menstruationsschmerzen: Krämpfe während der Periode können schmerzhafter sein als ein Herzinfarkt.

Eine Linderung können sich Betroffene des Öfteren durch Wärme mittels Wärmflaschen, Wärmepads oder Decken, Schlaf, Schmerzmittel, Ruhe und kontrollierte Atmung oder leichten Sport und Spaziergänge verschaffen. Stress trägt zu einer Verschlimmerung der Beschwerden bei. Am Arbeitsplatz lässt sich Stress meistens nicht vermeiden und die benannten Linderungsmöglichkeiten sind nicht oder nur sehr eingeschränkt zugänglich.

Als Lösung verbleibt somit aktuell nur die Krankmeldung oder ein Arbeiten unter dem Einfluss von Schmerzen oder starker Schmerzmittel. Die Krankmeldung stellt jedoch keine adäquate Alternative zur Menstruationsfreistellung dar. Die Beschwerden äußern sich zwar in körperlichen Symptomen. Dennoch stellen nicht alle mit der Menstruation verbundenen Beschwerden eine Krankheit dar. Vielmehr handelt es sich um normale Funktionen des Körpers menstruierender Arbeitnehmer*innen, mit der Besonderheit, dass der zyklisch bedingte Normalzustand Schmerzen auslösen kann. Außerdem kann eine häufige Krankmeldung weitere Nachteile nach sich ziehen. So gibt es arbeitgeberseitige Regelungen, die Sonderzahlungen für einen besonders niedrigen Krankenstand der jeweiligen Mitarbeiter*innen vorsehen. Auch im Rahmen einer krankheitsbedingten Kündigung könnte eine monatliche Krankmeldung relevant werden.

Es gibt zahlreiche Länder in Asien, die genau einen solchen Anspruch auf

Menstruationsfreistellung vorsehen. In Japan und Indien gibt es bereits seit 1947 eine gesetzliche Menstruationsfreistellung. Südkorea hat eine solche Regelung seit dem Jahr 2001. In Taiwan können sich Menstruierende seit 2013 bis zu 3 Tage pro Monat frei nehmen, in Indonesien bis zu 2 Tage.

Auch in Europa wird die Thematik in den letzten Jahren häufiger diskutiert. In Russland scheiterte ein Gesetzesvorschlag jedoch im Jahr 2013. 2014 sorgte der britische Professor und Gynäkologe Gedis Grudzinskas mit dem Vorschlag auf dem Festival of Ideas für Aufsehen. In Italien wurde 2017 ein diesem Antrag im Wesentlichen entsprechender Vorschlag unterbreitet, jedoch abgelehnt. Die Jusos Bern waren vor zwei Jahren mit einem Antrag auf bezahlten Menstruationsurlaub in der Schweiz in aller Munde. Bislang scheint die Lobby für gesetzliche Änderungen in Europa jedoch nicht groß genug zu sein.

Es bleibt daher aktuell noch einzelnen Unternehmen überlassen, selbst Vorreiter zu sein und den Anspruch auf „paid menstrual leave“ in ihren Richtlinien festzusetzen. Bei Nike gibt es die Menstruationsfreistellung bereits seit 2007. Die Eventfirma Coexist in Bristol hat in den letzten Jahren als erste Firma mit Menstruationsfreistellung im Vereinten Königreich auf sich aufmerksam gemacht.

Als Hauptkritikpunkt eines Anspruchs auf Menstruationsfreistellung, der weitläufig als „Menstruationsurlaub“ diskutiert wird, wird eine drohende Benachteiligung und Sexismus am Arbeitsplatz angeführt. Frauen würden damit zu unattraktiveren Arbeitnehmerinnen gemacht, da sich der*die Chef*in überlegen müsse, ob er*sie eine Frau mit einem möglichen Anspruch auf Menstruationsfreistellung oder nicht doch lieber einen Mann anstelle. Dieses Argument könnte auch für die Regelungen zu Mutterschutz, Elternzeit und Pflegezeit angeführt werden. Frauen im gebärfähigen Alter sind bereits jetzt die unattraktivste Zielgruppe für Arbeitgeber*innen, sofern diese ihr Personal ausschließlich nach möglichen Ausfallzeiten auswählen. Und dennoch werden junge Frauen eingestellt, sie gelten in der Arbeitswelt als besonders fleißig und engagiert.

Bex Baxter der Firma CoExist in Bristol hat die Erfahrungen gemacht, dass sich die Mitarbeiter*innen durch das entgegengebrachte Verständnis mehr für ihren Job motivieren könnten und nach den Ausfallzeiten ausgeruhter und konzentrierter arbeiteten.

Der Anspruch auf Menstruationsfreistellung stärkt auch keine weiblichen Stereotype und erklärt Frauen zum schwachen Geschlecht. Im Gegenteil: Er schafft einen Weg, Nachteile im Beruf aufgrund von natürlichen Beschwerden des Körpers aufzufangen, lässt aber auch die Möglichkeit offen, davon keinen Gebrauch zu machen. Wie bei jedem Anspruch, besteht natürlich auch bei einem Anspruch auf Menstruationsfreistellung die Möglichkeit eines unberechtigten Ausnutzens der gesetzlichen Grundlage. Diese Kritik entbehrt bislang aber jeder Grundlage. Zum einen wird der Kritik durch die Notwendigkeit eines jährlichen ärztlichen Attests Rechnung getragen. Im Übrigen müsste mit einer solchen Argumentation auch eine Pflicht zur Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im Falle einer Krankmeldung am ersten Tag gefordert werden.

Die Menstruation ist nichts Ekliges, Schmutziges oder etwas, für das sich Betroffene schämen sollten. In einigen Fällen und an einigen Tagen ist es einfach nur schmerzhaft. Dieser Antrag kann einen Beitrag dazu leisten, dies anzuerkennen und mit bestehenden Tabus zu brechen.

Antrag AS 03: Gebärdensprache bei Bundes- und Landespressekonferenzen

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

- 1 Wir fordern die Bundes- und Landespressekonferenz und die Pressestellen der Landes-
- 2 und Bundesregierung dazu auf, bei allen Pressekonferenzen eine:n
- 3 Gebärdensprachübersetzer:in zur Seite zu stellen. Es muss gewährleistet sein, dass bei TV-
- 4 oder Internetübertragungen ohne größeren Aufwand der oder die Übersetzer:in gut
- 5 sichtbar im Bild zu sehen ist.

Begründung

Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir noch weit von einer barrierefreien Gesellschaft entfernt sind. Wichtige Meldungen, die über die Corona-Maßnahmen auf den Pressekonferenzen bekannt gegeben wurden, hatten keine:n Übersetzer:in für Gehörlose. Für diese Menschen war es dadurch schwerer möglich sich zu informieren. Auch die Ansprache der Kanzlerin konnte nur im Internet durch einen extra Schritt für Gehörlose zugänglich gemacht werden. Bei Pressekonferenzen geht es nicht um ein schönes Bild, es geht um die Informationsweitergabe und die sollte barrierefrei sein.

Antrag AUS 01: Friedenssicherung durch Entwicklung

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Landesvorstand mit der Bitte um Antragstellung auf dem nächsten ord. Landesparteitag
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

- 1 Nachhaltige Entwicklungs-Zusammenarbeit wird künftig
- 2 1. eine Berufsbildungsinitiative in den Ländern initiieren. Diese muss so organisiert
- 3 sein, dass nach der Ausbildung die Gesellen in den Handwerksbereichen Fuß fassen
- 4 können. Dabei kommt es darauf an, dass zum Beispiel in der Landwirtschaft gelernt
- 5 wird, wie bessere Erträge zu generieren
- 6 sind.
- 7 2. zusammen mit der Stiftung Weltbevölkerung die Staaten anregen, dass staatliche
- 8 Stellen Programme gegen den Geburtenüberschuss organisieren.
- 9 3. in der Gesundheitspolitik die Einführung einer Renten- und Krankenversicherung
- 10 vorantreibt. Da können wir mit Know How helfen.
- 11 4. korrupte Politiker nicht unterstützen (Lebensmittelhilfe landet in den Händen
- 12 korrupter Politiker). Schwarzmarkt führt zu Dumpingpreisen als Konkurrenz für die
- 13 heimischen Bauern.
- 14 5. den wirtschaftlichen Fortschritt in armen Ländern nicht behindern (sie sollen ihre
- 15 Infrastruktur selbst verbessern, Gesetze schaffen, die die Marktwirtschaft
- 16 verbessern, Freihandel mit der EU ausweiten).
- 17 6. nicht indirekt zur Finanzierung der Gewalt eingesetzt werden (Missbrauch von
- 18 Hilfsleistungen).
- 19 7. keinen Wettbewerb unter den Hilfsorganisationen zulassen.

Begründung

Berufsbildung ist zusammen mit einer Schulbildung wichtig für die jungen Menschen in Entwicklungsländern. Auch um eine wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zu ermöglichen.

Mit staatlichen Programmen muss der Überbevölkerung Einhalt geboten werden. Dazu braucht man allerdings auch Gesundheitsprogramme, Renten- und Krankenversicherungen, dass nicht die Kinder für die Versorgung der Alten und Kranken herangezogen werden müssen.

Die Nahrungsmittelhilfe muss beispielsweise bei Flüchtlingslagern so eingesetzt werden, dass die Warlords, Milizen, Terroristen diese Hilfen nicht auf dem Schwarzmarkt verkaufen können. Durch die kriegerischen Regionen kommen mehr Flüchtlinge nach Europa, deshalb muss alles dazu

getan werden, die Warlords weder durch Waffen noch durch falsch eingesetzte Nahrungsmittelhilfe mittelbar zu unterstützen. In Dürreregionen müssen die heimischen Bauern darauf geschult werden, mit besserer Landwirtschaft dagegen zu halten. Mit Sonnenöfen kann Holz gespart werden. Die Arbeitsplätze vor Ort müssen geschützt und nicht durch Hilfsmaßnahmen gefährdet werden.

Die betroffenen Regionen müssen sich darum bemühen, Handelsbeziehungen mit ihren Nachbarstaaten zu intensivieren. Wirtschaftsgüter, auch Nahrungsmittel sollten in den Nachbarstaaten eingekauft werden. Dafür müsste dann die Infrastruktur verbessert werden. Die Nachbarstaaten sollten Gesetze erlassen, die die Marktwirtschaft stärken und den Freihandel mit der EU stärker fokussieren. Auch die EU muss hier ihre Politik ändern.

Auch die Hilfsorganisation sind wirtschaftliche Unternehmen und unterliegen dem Konkurrenzdruck. Eine unabhängige Ethikkommission sollte regelmäßig ihre Aufträge prüfen.

Antrag AUS 02: Keinen Stopp der Luftbrücke aus Afghanistan

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 4: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Wir fordern die Bundesregierung auf, auch nach der Beendigung der
- 2 militärischen Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan, ~~an~~ ihre diplomatischen Bemühungen ~~dahingehend~~
- 3 ~~auszurichten, dass~~ fortzusetzen und zu verstärken, um die besonders gefährdeten Frauen und Ortskräfte aus dem Land mit
- 4 einer weiteren Luftbrücke gerettet werden.

Begründung

In den vergangenen 20 Jahren haben Frauenrechtsaktivistinnen, Künstlerinnen, Juristinnen, Medizinerinnen und Journalistinnen, gemeinsam mit den Ortskräften daran mitgearbeitet, demokratische Strukturen in Afghanistan aufzubauen.

Ihr Einsatz für die freiheitlichen Grundrechte und Gleichstellung waren immer im Sinne der westlichen Demokratievorstellungen.

Nun sind sie mit Übernahme des Talibanregimes im besonderen Maße gefährdet und wir dürfen als Bundesrepublik Deutschland, diese Menschen nicht im Stich lassen.

Sie benötigen besonderen Schutz und Unterstützung. Das sind wir ihnen nicht nur schuldig, sondern das ist vielmehr unsere humanistische Verpflichtung.

Frauenrechte sind Menschenrechte und sind universell gültig. Daher muss alles in der Macht stehende getan werden, die Frauen mit ihren Familien zu retten.

Antrag B 01: Gleichstellung der Gesellschaftswissenschaften an Schulen

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Die SPD Baden-Württemberg fordert im Rahmen der gymnasialen Oberstufe:
- 2 - die Möglichkeit, auch zwei Gesellschaftswissenschaften als Leistungsfächer wählen
- 3 zu können.
- 4 - getrennte mündliche Abiturprüfungen auch in den Fächern Gemeinschaftskunde und
- 5 Geographie.

Begründung

Der Antrag knüpft an den Beschluss „Gleichstellung der Gesellschaftswissenschaften“ des Landesparteitags in Pforzheim (06. Juli 2019) an und erweitert diesen um zwei Punkte. „Weimarer Verhältnisse?“, fragte das Institut für Zeitgeschichte München 2017 in einem Sammelband. Angesichts der tiefgreifenden politischen Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene sind in den letzten Jahren zahlreiche Gewissheiten ins Wanken geraten und immer mehr wird deutlich, dass eine fundierte politische, historische und sozioökonomische Bildung unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und den Erhalt der Demokratie sind. Die neue gymnasiale Oberstufe trägt dem jedoch in keiner Weise Rechnung: Während die Naturwissenschaften gestärkt werden, kommt den Gesellschaftswissenschaften und insbesondere den Fächern Gemeinschaftskunde und Geographie nur eine nachrangige Rolle zu. Dabei werden nur einige Schülerinnen und Schüler nach der Schule Biologen oder Physiker werden, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden sie jedoch alle sein. Auch der Bildungsplan selbst stellt fest: „Die Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Denken und Handeln zu befähigen und zu ermutigen, ist die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung, aber auch der Schule insgesamt.“ Vor diesem Hintergrund hat der Landesparteitag 2019 in Pforzheim Folgendes beschlossen: „In der Oberstufe sollen die Fächer Gemeinschaftskunde und Erdkunde fünf- und zweistündig an geboten werden, anstatt fünf- und einstündig, wie es in der Oberstufenreform bisher geplant ist. Um das umzusetzen sollen die Fächer Biologie, Physik, Chemie sowie Fremdsprachen, die zusätzlich zu Englisch gewählt werden, fünf- und zweistündig angeboten werden, anstatt fünf- und dreistündig.“ Im Bereich der Leistungsfächer verspricht die neue gymnasiale Oberstufe ein Mehr an Wahlfreiheit, schließt die Gesellschaftswissenschaften hiervon jedoch aus: Während es möglich ist, zwei Naturwissenschaften oder zwei Fremdsprachen als Leistungsfächer zu wählen, kann maximal nur eine Gesellschaftswissenschaft gewählt werden. In

Kombination mit Mathematik oder Deutsch ist es sogar möglich, alle drei Leistungsfächer aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen oder sprachlich-literarischen Bereich zu wählen. Von wirklicher Wahlfreiheit und individueller Schwerpunktsetzung kann jedoch nur gesprochen werden, wenn auch die Möglichkeit besteht, zwei Gesellschaftswissenschaften zu wählen. Dies entspricht – wie auch die Aufstockung des Basisfaches Gemeinschaftskunde – den Wünschen der Schülerinnen und Schüler, wie es der Landeschülerbeirat deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Darüber hinaus wird die geringe Stundenzahl der Basisfächer Gemeinschaftskunde und Geographie in der Folge auch noch als Begründung dafür genannt, gemeinsame mündliche Abiturprüfungen einzuführen. Diese haben sich jedoch schon in der Vergangenheit als ineffizient erwiesen. Eine fundierte Überprüfung der fachspezifischen Kompetenzen zweier Fächer sowie eine Abdeckung aller Anforderungsbereiche sind in einer zwanzigminütigen Prüfung schlicht unmöglich.

Antrag B 02: So wenig digitale Arbeit wie möglich

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	OV Dornstetten-Waldachtal
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **So wenig digitale Arbeit wie möglich an der Schule und zuhause**
- 2 Ein extremer Ausbau der digitalen Bildung steht konträr zu den Zielen des sozialen
- 3 Lernens aus dem Bildungsplan ab 2015.

Begründung

Neben der Vermittlung von Wissen ist ein enormer Bedarf an sozialen und lebenspraktischen Lerninhalten und Kompetenzen notwendig.

Soziale Kompetenzen können nur in der Schule vor Ort erworben werden, weil dazu die Interaktion mit den Mitschülern notwendig ist.

Gegenseitige Wertschätzung, Empathiefähigkeit, Toleranz, Respekt, Kommunikationsfähigkeit, Konfliktbewältigung etc. ebenso wie die Persönlichkeitsentwicklung lassen sich nur in einer Gruppe erlernen.

Soziale Kompetenzen sind der Garant für eine gelingende und demokratische Gesellschaft.

Antrag G 05: Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit bei Pandemien

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	OV Dornstetten-Waldachtal
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

- 1 **Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit der eventuell zukünftigen**
- 2 **Maßnahmen bei Pandemien**
- 3 Die Maßnahmen / Verordnungen während der Corona-Krise vom März sind zu evaluieren. Es
- 4 sollen die Folgen / Auswirkungen der unterschiedlichen Bereiche untersucht werden.
- 5 Bei den aufgetretenen Negativfolgen, vor allem im sozialen Bereich, soll untersucht
- 6 werden, ob es schwächere bzw. andere Maßnahmen ebenso zur Vermeidung einer Ansteckung
- 7 mit Covid 19 gegeben hätte.
- 8 Die Maßnahmen / Verordnungen der Bundesregierung oder Landesregierung müssen nach
- 9 dem
- 9 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und in Betrachtung des Gesamtbildes erfolgen.

Begründung

Viele Maßnahmen und Verordnungen der Bundesregierung zur Corona-Krise haben immense und einschneidende Auswirkungen auf das Leben der Bürger mit sich gebracht, insbesondere für „Randgruppen“ und sozial schwache Familien bzw. Personen. Nicht selten waren sie dramatischen bis hin zu existenziellen Bedrohungen ausgesetzt und teilweise sind sie es immer noch.

Nach den anfänglichen Sofortmaßnahmen müssen nun Entscheidungen getroffen werden in Betrachtung des Gesamtbildes und der Verhältnismäßigkeit. Es muss geprüft werden, welche umfassenden Folgen die „angedachte“ Verordnung / Maßnahme mit sich bringt und es muss abgewogen werden, was wohl „das kleinere Übel“ darstellt.

Die Richtschnur von Entscheidungen muss eine Ausgewogenheit zwischen dem Schutz des Lebens, der Gesundheit und dem Grundrecht eines jeden Menschen, das die „Würde“ des Menschen an die erste Stelle stellt, sein.

Die Lösungsfindungen, erst recht in einer solchen extremen Krisensituation, müssen interdisziplinär erfolgen. In den Entscheidungsprozess muss ein erweiterter Expertenrat, wie z.B. der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, der Rechts- und Politikwissenschaft, beteiligt werden. Es müssen die Folgen einer Entscheidung, wie z.B. soziale Isolation, Angstzustände und Depressionen, das Ansteigen häuslicher Gewalt, die wirtschaftlichen und existentiellen Folgen etc. unbedingt mit berücksichtigt werden. Die zu erfolgenden Maßnahmen müssen unter dem Aspekt

der Ganzheitlichkeit und der Nachhaltigkeit erfolgen. Auch dürfen die Entscheidungen nicht nur unter medizinischen Aspekten betrachtet werden, sondern als Zusammenspiel von medizinischen, psychischen, seelischen und sozialen Komponenten.

Antrag IR 01: Stärkung der Kinderschutzrechte

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 **Stärkung der Kinderschutzrechte**

2 Gesetzesnovellierungen zum besseren Schutz vor Kindesmissbrauch durch Eltern-Kind-
3 Entfremdung (Parental Alienation)

4 - Überprüfung der Jugendhilfe, inwieweit Schutzkonzepte vor PAS Anwendung finden, in
5 Beratungen und Gefährdungsanalysen.

6 - möglichst gleicher Zugang von Trennungskinder zu beiden Elternteilen, sofern es dem
7 Kindeswohl nicht widerspricht.

8 - gesetzliche Verankerung von Vorrang für gemeinsame Betreuung von Trennungskindern

9 - Berücksichtigung der gemeinsamen Betreuung im Melderecht, Steuerrecht und
10 Unterhaltsrecht sowie in weiteren berührten Rechten.

11 - den Straftatbestand des Kindesentzugs auf Fälle von rechtswidrigen
12 Umgangsverweigerungen ausweiten.

13 - Umsetzung der einstimmig beschlossenen Resolution 2079 der parlamentarischen
14 Versammlung des Europarats.

15 - völlige Gleichstellung des Sorgerechts von unverheirateten Elternteilen.

Begründung

Seit dem 19.05.2019 ist die Eltern-Kind-Entfremdung (Parental Alienation) in den ICD 11 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als psychischer Kindesmissbrauch aufgenommen worden. Parental Alienation (PAS) ist nun als Krankheit offiziell klassifiziert. Der Gesetzgeber ist nun gefordert effektive Instrumente zu entwickeln, um in seinem Wächteramt Kinder vor dieser Missbrauchsgefahr zu schützen.

Antrag IR 02: Was bedeutet die Pandemie für queeres Leben? – Bestandsaufnahme und ein Forderungskatalog nach eineinhalb Jahren Coronapolitik

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Landesvorstand, SPDqueer Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 94 - 95: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

1 Die Corona-Pandemie ist ein Stresstest für die ganze Gesellschaft. Im zweiten
2 Pandemiejahr wird immer deutlicher, dass uns das Coronavirus auch in Zukunft
3 begleiten wird. Insbesondere durch Impfungen wird zwar vermutlich eine weitestgehende
4 Rückkehr zur Normalität möglich, doch ist fraglich, was diese „Normalität“ ist und ob
5 für alle Menschen eine Rückkehr zu *ihrer* Normalität möglich ist. Die Pandemie und die
6 Maßnahmen, die getroffen worden sind, um diese einzudämmen, hatten Auswirkungen auf
7 alle Bereiche des Lebens. Diese Auswirkungen waren teilweise so gravierend, dass
8 viele Menschen in ihrer Existenz bedroht sind. So wären viele Unternehmen und
9 insbesondere Gastronomie- und Kulturbetriebe ohne staatliche Hilfen nicht
10 überlebensfähig gewesen.

11 Aus dem Blick geraten sind dabei jedoch immer wieder Belange von Menschen, die im
12 öffentlichen Diskurs unterrepräsentiert sind. Menschen, die ohnehin für
13 Repräsentation und gegen Diskriminierung durch die so genannte Mehrheitsgesellschaft
14 kämpfen müssen, konnten leicht übersehen werden. Dazu gehören auch queere Menschen.
15 Queer bezeichnet dabei Personen, Handlungen oder Dinge, die durch den Ausdruck einer
16 sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität von der gesellschaftlichen
17 Cisgender-Heteronormativität^[1] abweichen.

18 Auch in Baden-Württemberg sind queere Menschen aus dem Blick geraten, die
19 Landesregierung hat sich in Zeiten der Pandemie nicht ausreichend um sie gekümmert
20 und das nicht nur in Bezug auf die zahlreichen Corona-Verordnungen, von denen später
21 noch die Rede sein wird. Queere Menschen waren häufig schlicht nicht mitgedacht und
22 auch nicht mitgemeint. Das muss sich ändern.

23 Queere Menschen finden sich dabei in allen gesellschaftlichen Strukturen: Sie sind
24 arm und reich, leben in der Stadt oder auf dem Land, sind weiß oder of color^[2],
25 haben die deutsche Staatsbürgerschaft, sind Migrant*innen oder begehren hier Asyl,
26 haben Kinder oder nicht. Sie sind also keine homogene Gruppe.

27 Die Pandemie hatte massive Auswirkungen auf queeres Leben, das in den letzten
28 eineinhalb Jahren in Baden-Württemberg weitestgehend brachlag. Die Sichtbarkeit

29 queerer Menschen und ihrer Belange fehlte in allen Bereichen: Austausch, Hilfe,
30 Beratung oder einfach nur eine Unterhaltung waren kaum möglich bzw. mussten online
31 stattfinden. Diese Sichtbarkeit ist jedoch essenziell, damit queeres Leben überhaupt
32 erlebt werden kann und damit queere Menschen im öffentlichen Diskurs wahrgenommen und

33 ihre Belange auch gehört werden. Auch deshalb sind Christopher Street Days (CSDs) so
34 wichtig und notwendig, da sie dazu dienen, auf die politischen Anliegen queerer
35 Menschen aufmerksam zu machen.

36 Als queeres Leben während der Lockdowns völlig brachlag, bedeutete dies: Es fanden
37 keine queeren Stammtische, keine Kneipen-Abende, keine Beratungsangebote statt. Es
38 gab keine Möglichkeit, sich in so genannten safe spaces (sicheren/geschützten Räumen,
39 Anm. der Red.) zurückzuziehen, in denen die eigene Identität nicht als Abweichung von
40 gesellschaftlichen Normen verstanden wird. Sicherlich galt dies genauso für alle
41 anderen, die von Kneipenschließungen u.a. betroffen waren und sich nicht so
42 austauschen konnten wie sonst. Aber – und dies macht den entscheidenden Unterschied
43 aus – queere Menschen brauchen diese Räume, um so sein zu können, wie sie sind, um
44 sich frei von Angst vor Diskriminierung und Gewalt austauschen und unter
45 Gleichgesinnten treffen zu können. Denn eins darf nicht vergessen werden: Queere
46 Menschen sind noch immer häufig von Diskriminierung betroffen, egal ob am
47 Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder – gerade bei trans* Personen – in der
48 eigenen Familie. Dabei macht die Gewalt auch nicht vor Symbolen der Community halt,
49 wie das Verbrennen der Regenbogenfahne Ende Juli am Kulturkiosk mitten in Stuttgart
50 gezeigt hat.

51 Die Pandemie hat queere Menschen besonders betroffen, wozu inzwischen erste Studien
52 und Auswertungen z.B. von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld vorliegen^[3]. In
53 diesem Zusammenhang muss noch einmal erwähnt werden, dass LSBTIQA* keine homogene
54 Gruppe sind. Deshalb sind auch ihre Diskriminierungserfahrungen und damit auch, wie
55 sie Corona erleben und wie sich die Pandemie auf ihren Alltag auswirkt, verschieden.

56 Als SPD Baden-Württemberg sind wir davon überzeugt, dass es nun an der Zeit ist,
57 aufzuarbeiten, welche Leerstellen sich in der Coronapolitik mit Blick auf queere
58 Menschen finden und was daraus für die Zukunft zu lernen ist.

59 **1. Sichtbarkeit zählt**

60 Die stetigen Anpassungen der Coronaverordnungen haben gezeigt, dass immer wieder
61 Menschen oder Gruppen vergessen wurden. Evident wurde dies zu Weihnachten 2020, als
62 das Zusammenkommen mit der so genannten Wahlfamilie unmöglich war und sich Menschen
63 nicht mit ihren Liebsten, mit denen sie nicht verwandt waren, treffen konnten.

64 Freundschaften als Wahl- und Ersatzfamilie sind für queere Menschen – auch bedingt
65 durch die häufige Diskriminierung in der Herkunftsfamilie – essenziell und
66 überlebenswichtig. Definitionen von Familie bezogen sich deutschlandweit in mehreren
67 Fällen lediglich auf Heteronormativität und biologische Verwandtschaft. So gab es bei
68 den Kontaktbeschränkungen zu Weihnachten in allen Bundesländern außer Berlin,
69 Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen Ausnahmeregelungen nur für den

70 engsten Familienkreis und Verwandte in gerader Linie. Der baden-württembergische
71 Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V. (LSVD) kritisierte, dass laut
72 Landesregierung nur leibliche Verwandte als wichtigste Bezugsperson galten und hatte
73 darum gebeten, die Regelung schnellstmöglich zu ändern, da auch Mitglieder von
74 Wahlfamilien nicht alle am selben Ort wohnen und zudem z.B. Konstellationen in
75 Regenbogenfamilien mit dieser Regelung nur unzureichend berücksichtigt wurden. Der
76 LSVD hätte eine einfache Formulierung wie „maximal fünf Personen aus beliebig vielen
77 Haushalten plus Kinder unter 14 Jahren zu privaten Zusammenkünften“ begrüßt. Die
78 Intervention beim zuständigen Staatsministerium hatte jedoch damals keinen Erfolg.
79 Mit der erwähnten Formulierung wäre jedoch auch breiteren Regenbogenfamilien-
80 Konstellationen Rechnung getragen worden.

81 Die Schilderung der Problematik der Coronaverordnungen macht deutlich, dass es nicht
82 reicht, queere Menschen ‚mitzumeinen‘, sondern dass sie auch ‚mitgedacht‘ werden
83 müssen.

- 84 • Die SPD Baden-Württemberg fordert daher, in künftigen Corona-Verordnungen auch
85 die Belange von queeren Menschen, insbesondere den Aspekt der Wahlfamilie,
86 entsprechend zu berücksichtigen. Regelungen in Verordnungen müssen so getroffen
87 werden, dass alle mitgedacht sind. Dazu gehören einfache Formulierungen, die
88 alle Menschen gleichermaßen betreffen und die nicht das heteronormative
89 Familienbild einseitig bevorzugen.

90 2. Gesellschaftliche Vielfalt stärken

91 Vielfalt macht unsere Gesellschaft aus. Sie muss erhalten werden! Allerdings wird
92 Vielfalt aktuell zunehmend bedroht, das gesamtgesellschaftliche Klima hat sich durch
93 die Pandemie sogar verschlechtert. Dies manifestiert sich u.a. darin, dass in den
94 Innenstädten allgemein und speziell ~~von queeren~~ queere Menschen eine aggressive und
95 gewalttätige Stimmung ~~wahrgenommen wird~~ wahrnehmen. Dass diese Stimmung vermehrt in
tatsächliche

96 Bedrohungsszenarien und Gewalt umschlägt, zeigen Fälle von Angriffen auf Schwule in
97 Parks in Mannheim, von denen der LSVD jüngst berichtete. Hier werden wir Konzepte
98 vorstellen, die den öffentlichen Raum für alle erlebbar und sicher machen, auch für
99 Menschen der Community. Wenn queere Menschen sich treffen wollen, dann natürlich auch
100 draußen.

101 Eines der Hauptprobleme der Corona-Krise ist, dass die Kontaktbeschränkungen und die
102 Lockdowns Diskriminierung und Marginalisierung Vorschub geleistet haben, d.h. dass im
103 Fall von Straftaten eine Verfolgung oder auch nur Erfassung meist nicht möglich war
104 oder ist. Angesichts der größeren Probleme werden viele, die in dieser Zeit Opfer von
105 Diskriminierung geworden sind, dies nicht anzeigen oder öffentlich machen. Teil der
106 Wahrheit ist zwar, dass die registrierte Kriminalität allgemein und insbesondere auch
107 (Gewalt-)Kriminalität gegen queere Menschen während des Lockdowns zurückgegangen ist.
108 Verbreitet wird aber angenommen, dass durch die Verlagerung des Lebens in private
109 Räume auch mehr Straftaten im Dunkelfeld bleiben, d.h. nicht registriert werden.

110 Dies gilt insofern besonders für queere Menschen, als der private Raum kein sicherer
111 Ort ist, zumal wenn sie auf die Herkunftsfamilie zurückgeworfen sind. Dies liegt
112 daran, dass nicht jede*r das Glück hat, Eltern zu haben, die eine*n so akzeptieren,
113 wie man ist. Außerdem wurden während des Lockdowns innerfamiliäre Konflikte häufig
114 noch intensiviert. In einer Studie des Deutschen Jugendinstituts berichteten fast 50
115 Prozent aller LSBTIQA*-Jugendlichen von Diskriminierungserfahrungen innerhalb der
116 eigenen Familie. Das Zuhause, das während der verschiedenen Pandemie-Wellen kaum
117 verlassen werden durfte, ist für viele queere Jugendliche schon allein deshalb, weil
118 sie sind, wer sie sind, weil sie lieben, wen sie lieben, ein unsicherer Ort.

119 Hinzu kommt: Das Internet, das persönliche Umfeld, die Familienverhältnisse und die
120 Arbeitssituation waren während der Krise nicht ausgesetzt oder verändert – im
121 Gegenteil, generell sind wir pandemiebedingt mit einem Anstieg häuslicher Gewalt
122 konfrontiert.[\[4\]](#) Auch bei queeren Menschen haben Diskriminierungen innerhalb der
123 eigenen Familie zugenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Situation von Jugendlichen,
124 die Zuhause häufig Konflikten ausgesetzt sind. Einer Studie von anyway Köln zufolge
125 fühlt sich mehr als die Hälfte der schwulen, lesbischen, bisexuellen und trans*
126 Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Corona-Krise und Social Distancing
127 stark oder sehr stark belastet.[\[5\]](#) Das ergab eine Onlinebefragung mit knapp 300
128 Teilnehmer*innen. Darüber hinaus wirken sich die physische Schließung der LSBTIQA*-
129 Jugendangebote, der Wegfall realer Kontakte im Freundeskreis, die Kontaktsperre zu
130 Partner*innen sowie die Ungewissheit über die gesundheitliche Versorgung während der
131 Transition negativ auf die psychische Situation der Befragten aus.

132 a) Schutzbedürftige Geflüchtete

133 In einer besonders kritischen psychischen Situation befinden sich viele queere
134 Geflüchtete: Sie haben – oft unter großem Risiko – ihre Heimat verlassen, um hier
135 Asyl zu suchen und waren durch die Lockdowns in den Sammelunterkünften allein
136 gelassen. Dies führte dazu, dass sie überhaupt keine Ansprache z.B. von
137 Sozialarbeiter*innen hatten. Des Weiteren fühlen sich viele queere Geflüchtete in
138 ihren Unterkünften nicht sicher. Einige hatten z.B. dem Netzwerk LSBTTIQ gar davon
139 berichtet, sich in ihren Zimmern zu verbarrikadieren, um nachts schlafen zu können,
140 da sie Angst haben, belästigt zu werden. Für sie muss unbedingt ein Mindestmaß an
141 persönlicher Interaktion dauerhaft gewährleistet werden.

- 142 • Queere Geflüchtete brauchen im Asylverfahren eine besondere Beratung durch
143 hierfür geschultes und für die besonderen Problemlagen sensibilisiertes
144 Personal. Deshalb benötigen wir ein Konzept für die Beratung und Betreuung
145 queerer Geflüchteter, das rechtliche, aber auch psychologische Unterstützung
146 umfasst.
- 147 • Darüber hinaus erleben queere Geflüchtete häufig vielfältige Formen von
148 Diskriminierungen in Sammelunterkünften. Deshalb fordert die SPD Baden-
149 Württemberg, dass queere Geflüchtete in Sammelunterkünften für queere Menschen
150 untergebracht werden, wie dies z.B. bereits in Tübingen praktiziert wird mit der
151 Einzelunterkunft für Frauen und Kinder bzw. besonders Schutzbedürftige. Hier
152 sollten auch queere Geflüchtete aufgenommen werden.

153 **b) Gesellschaftliche Vielfalt – queere Jugendarbeit u.a.**

154 Das Problem mit dem bereits erwähnten Familienbild besteht auch weiterhin, weil es
155 vom Sprachgebrauch, also damit auch juristischer Sprache, abhängig ist. Eine
156 Beschränkung auf die heterosexuelle Kernfamilie ignoriert sowohl das Vorkommen
157 häuslicher Gewalt, als auch die mitunter schlimmen Diskriminierungserfahrungen, die
158 queere Menschen in ihren Herkunftsfamilien machen müssen. Freundschaften als Wahl-
159 und Ersatzfamilie sind daher – wie bereits erwähnt – für LSBTIQA* essenziell und
160 überlebenswichtig.

161 Vielfalt macht unsere Gesellschaft aus. Sie muss erhalten werden! Dazu gehören
162 insbesondere auch Orte, an denen Vielfalt gelebt wird. Was deren Wegfall bedeutet,
163 wurde bereits unter dem Abschnitt „Gesellschaftliche Vielfalt stärken“ erklärt.
164 Deshalb werden wir die vielfältigen Orte innerhalb der Community erhalten und
165 stärken. Kulturelle und soziale Angebote der Community sollen deshalb auch unabhängig
166 von der Pandemie noch großzügiger gefördert werden. Wie bedroht viele Angebote u.a.
167 der queeren Jugendarbeit durch die Pandemie und die Lockdowns sind und waren, hat
168 auch die Veranstaltung Ende Juli deutlich gezeigt. Dort war u.a. darüber berichtet
169 worden, wie schwerwiegend der Wegfall von psychosozialen Beratungsangeboten gerade
170 für trans* Personen ist, aber auch für queere Menschen allgemein.

171 Bei trans* Personen hat sich die ohnehin meist schwierige Situation durch die
172 Lockdowns dramatisch verschlechtert. So haben viele trans* Personen von ihrer Angst
173 vor einem Jobverlust berichtet. Einige haben gar ihren Arbeitsplatz verloren. Des
174 Weiteren standen sie vor immensen Schwierigkeiten, ihre für sie lebenswichtige
175 Hormontherapie fortzuführen und sich die Hormone zu beschaffen. Den Mitarbeitenden im
176 Beratungszentrum Weißenburg e.V. wurde von teilweise problematischen Wegen berichtet,
177 wie die Hormone besorgt wurden, da diese durch den Lockdown nicht einfach bei den
178 zuständigen Ärzt*innen auf Rezept besorgt werden konnten. Auch das Doppelleben, das
179 trans* Personen oftmals führen, die z.B. bei der Arbeit geoutet sind, aber in der
180 Familie ihre bisherige Rolle als Vater/Mutter einnehmen, belastet diese stark. Dies
181 geht sogar so weit, dass sich bei manchen trans* Personen ohnehin schon vorhandene
182 psychische Erkrankungen wie Depressionen verschlimmerten. Diese Beobachtungen werden
183 auch durch die Studie transcarecovid bestätigt, die zwar noch nicht abgeschlossen
184 ist, zu der aber schon erste Ergebnisse vorliegen.[\[6\]](#)

185 Auch bei queeren Jugendlichen haben die Lockdowns zu einer deutlichen
186 Verschlechterung ihrer allgemeinen Situation geführt. Isabelle Melcher, TTI-Beraterin
187 [\[7\]](#) in Ulm, berichtete im Rahmen der Veranstaltung, dass sich gerade affektiv-
188 depressive Störungen verstärkt sowie Suizidversuche unter Jugendlichen zugenommen
189 hätten. Dies liegt insbesondere auch an dem bereits erwähnten Umstand, dass für
190 queere Jugendliche das eigene Zuhause, indem sie so viel Zeit verbringen mussten, oft
191 kein sicherer Ort ist und der einzige Ort, an dem sie sich angenommen und gehört
192 fühlen, durch den Lockdown weggefallen ist. Dabei muss festgehalten werden, dass es
193 zwar Angebote zur online-Beratung gab, diese jedoch nicht das persönliche Gespräch
194 ersetzen konnten.

195 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 196 • Angebote für queere Jugendarbeit müssen selbstverständlicher Teil der
197 Jugendarbeit sein und entsprechend bei der Finanzierung angemessen
198 berücksichtigt werden.
- 199 • Wie bereits in Nordrhein-Westfalen soll queere Jugendarbeit auch in Baden-
200 Württemberg zunehmend professionalisiert werden, d.h. auch hauptamtliche
201 Mitarbeiter*innen sollen in der queeren Jugendarbeit tätig sein. Wir fordern
202 daher die Einrichtung einer ‚Fachstelle Queere Jugend BW‘, analog zur 2014 unter
203 der rot-grünen Landesregierung entstandenen ‚Fachstelle Queere Jugend NRW‘.
204 Durch diese sind viele neue Anlaufstellen für queere Menschen entstanden und an
205 vielen Orten konnten zusätzliche hauptamtliche Stellen für pädagogische
206 Fachkräfte etabliert werden.
- 207 • Auch im ländlichen Raum braucht es Strukturen für Angebote für queere Menschen.
208 Durch die Entstehung einer ‚Fachstelle Queere Jugend‘ könnten derlei Strukturen
209 auch im ländlichen Raum besser flächendeckend umgesetzt werden und die Kommunen
210 könnten dazu befähigt werden, vor Ort Beratungsangebote aufzubauen.
- 211 • Dazu gehört auch, dass die LSBTIQA*-Beratung Bestandteil der allgemeinen
212 psychosozialen Beratung werden muss. Nur dann können entsprechend geschulte bzw.
213 ausgebildete psychologische Fachkräfte beschäftigt werden.
- 214 • Bei psychosozialen Beratungsangeboten werden wir noch stärker auf die
215 spezifische Lage von trans* Menschen eingehen und ihre spezifischen Bedürfnisse
216 berücksichtigen, wie z.B. eine Möglichkeit, sich vor Ort umzuziehen sowie
217 gezielte Unterstützung/Beratung für den Umgang mit der Familie zu erhalten.

218 3. Gesundheit ist kein Luxus

219 Im Kontext der Pandemie ist die Gesundheitspolitik in den Fokus gerückt. Wir werden
220 dafür sorgen, dass die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit unseres
221 Gesundheitssystems umfassend überprüft wird. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei
222 der Komplex Mental Health sein. Die prekäre Situation, in der sich Menschen befinden,
223 die Bedarf an Beratung im psychosozialen Bereich haben, darf nicht unverändert
224 bleiben. Neben einem quantitativen Ausbau des Angebots setzen wir uns insbesondere
225 auch für eine qualitative Vervielfältigung der Gesundheitsversorgung ein. Das Angebot
226 der psychischen Gesundheitsversorgung soll die Vielfalt der Bevölkerung
227 widerspiegeln. Queere Menschen leiden häufiger unter psychischen Problemen als nicht
228 queere Menschen, weil sie vielfältigen Formen von Diskriminierungen und teilweise
229 auch Gewalt ausgesetzt sind.

- 230 • Die SPD Baden-Württemberg fordert deshalb, dass Therapeut*innen für die
231 Problemlage besonders sensibilisiert werden, ohne ihr Gegenüber zu
232 pathologisieren, da die Ursachen häufig in der queere Menschen ablehnenden
233 Gesellschaft verortet sind.

234 **4. Empfehlungen für die Bundesebene**

235 Auf Bundesebene fordert die SPD Baden-Württemberg die Einsetzung einer
236 Expertenkommission der neuen Bundesregierung. Diese Expertenkommission soll alle
237 Erscheinungsformen von LSBTIQA*-Gewalt untersuchen, erfassen und die daraus folgenden
238 Handlungsempfehlungen in einen Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung und
239 Akzeptanz einbetten.

240

241 [\[1\]](#) Cisgender-Heteronormativität: Das Adjektiv cisgender oder zisgender (von lat.
242 Cis- „diesseits“, und englisch gender „soziales Geschlecht“) bezeichnet die
243 Übereinstimmung von Geschlechtsidentität und dem Geschlecht, das einer Person bei der
244 Geburt zugewiesen wurde (ihrem Geburtsgeschlecht), meist beurteilt anhand sichtbarer
245 körperlicher Geschlechtsmerkmale.

246 [\[2\]](#) People of Color: Ein Begriff aus dem anglo-amerikanischen Raum, der jene
247 Individuen und Gruppen beschreibt, die vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt
248 sind und die die gemeinsame, in vielen Variationen auftretende und ungleich erlebte
249 Erfahrung (teilen), aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der
250 weißen Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ und ‚unzugehörig‘ definiert zu werden.

251 [\[3\]Neue Broschüre: Auswirkungen der Coronapandemie auf LSBTIQA+ \(mh-stiftung.de\)](#),
252 abgerufen am 12.8.2021

253 [\[4\]Häusliche Gewalt - Anstieg um 15 Prozent in der Corona-Pandemie](#)
254 [\(deutschlandfunk.de\)](#), abgerufen am 12.8.2021

255 [\[5\]LSBT*Q-Jugendliche durch Corona stark belastet | anyway \(anyway-koeln.de\)](#),
256 abgerufen am 11.8.2021

257 [\[6\]PowerPoint-Präsentation \(transcarecovid-19.com\)](#), abgerufen am 11.8.2021

258 [\[7\]](#) TTI-Beratung heißt Beratung zu Transsexualität, Transgender und Intersexualität.
259 Melcher ist aktiv im Verband für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*,
260 intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie e.V..

Antrag IR 03: My name – my choice

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr: Das biologische Geschlecht und das soziale
2 Geschlecht sind nicht immer identisch. Es ist möglich, ein „drittes Geschlecht“ auf
3 den Ausweisdokumenten zu vermerken. Menschen fühlen sich seit Jahrhunderten
4 Geschlechtsidentitäten außerhalb der Mann-Frau-Binarität zugehörig oder leben ein
5 anderes Geschlecht als das, welches ihnen aufgrund ihrer primären Geschlechtsmerkmale
6 zugeschrieben wird (Muxe und Marimacha in Mexiko, Two-Spirit in den indigenen Völkern
7 Nordamerikas; James Barry, Lili Elbe...).

8 Das 1980 verabschiedete sogenannte Transsexuellengesetz anerkennt diese Tatsachen. Es
9 bildet seitdem die rechtliche Grundlage für eine Änderung des Vornamens und der
10 Geschlechtszugehörigkeit im Personenstandsregister. Dazu sind bis dato verpflichtend
11 zwei Gutachten nötig, die die trans* Identität bestätigen, sowie ein
12 Gerichtsverfahren, das bis zu einem Jahr dauern kann. Nicht nur entstehen der
13 betroffenen Person so hohe Kosten (Bearbeitungsgebühr und Gutachten), sondern dieser
14 Prozess ist auch psychologisch sehr belastend, ja entwürdigend. Für die Gutachten
15 muss die antragstellende Person intime Fragen über sich ergehen lassen und im Zuge
16 sogenannter Alltagstauglichkeitstests „beweisen“, dass sie sich im alltäglichen Leben
17 an überholten binären (Mann/Frau) Geschlechterstereotypen orientiert. Nach aktuellen
18 diagnostischen Kriterien sind diese intimen Fragen nicht ausschlaggebend. Die
19 Erfahrung zeigt, dass die Zwangsgutachten so gut wie immer positiv ausfallen (nur
20 unter 1% aller Gutachten verneinen die Transgeschlechtlichkeit): Kaum eine Person
21 nimmt dieses Verfahren auf sich, ohne sich ihrer Identität klar bewusst zu sein.

22 Seit der Verabschiedung des TSG hat sich die gesellschaftliche Aufklärung und
23 Toleranz in Bezug auf Transgeschlechtlichkeit deutlich weiterentwickelt. Daher ist es
24 nur konsequent, auch die Rechtslage für transgeschlechtliche Personen
25 weiterzuentwickeln und die Anerkennung ihrer Identität zu erleichtern.

26 Wir fordern also:

27 1. Die Abschaffung des „Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die
28 Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen
29 (Transsexuellengesetz - TSG)“

30 2. Die Aufsetzung eines neues Selbstbestimmungsgesetzes unter folgenden
31 Gesichtspunkten:

- 32 • Das Verfahren für die Änderung des Vornamens und Geschlechtseintrags soll durch

- 33 eine Antragslösung vereinfacht werden und, wie beispielsweise die Änderung des
34 Nachnamens (NamÄndG), bei der zuständigen Verwaltungsbehörde liegen.
- 35 • Zwangsgutachten sollen nicht mehr notwendig sein, es ist lediglich ein
36 Beratungsnachweis von anerkannter Stelle vorzulegen.
- 37 3. Die Schaffung weiterer solcher Beratungsstellen für trans* Personen, die wie
38 Beratungsstellen für Jugendliche, Paare, Familien usw. in staatlicher Hand
39 liegen.
4. Hinarbeit auf eine einheitliche oder zumindest kompatible Gesetzgebung zur
Namensänderung auf EU-Ebene
- 40 5. Die Sensibilisierung für Diskriminierung gegen trans* Personen am Arbeitsplatz,
41 in Bildungseinrichtungen und in öffentlichen Einrichtungen, und die Ausbildung
von Ansprechpersonen und Beschwerdestellen für diese Thematik.

42

43

44

Begründung

(erfolgt mündlich)

Antrag IR 04: Sicherheit – auch für die persönlichen Daten! Für mehr Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der Telekommunikationsüberwachung!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 15: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 16 - 30: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 31 - 58:

1 Begründung:

Technologische Entwicklungen verändern auch die Möglichkeiten der

2
Kriminalitätsbekämpfung. Dabei steht die Nutzung dieser Möglichkeiten zur Erhöhung

3
der Sicherheit oftmals im Konflikt mit der individuellen Freiheit der Bürger:innen.

4
Gerade auch durch die enge Anbindung von digitalen Endgeräten an unser privates Leben

5
und die große Menge an persönlichen Daten, die in ihnen gespeichert sind, ist höchste

6
Sensibilität bei der Nutzung von Methoden zur Telekommunikationsüberwachung geboten.

7 Im Rahmen der stärkeren Verbreitung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen,
8 beispielsweise durch Messenger wie Facebook, WhatsApp oder Telegram, verlor die
9 herkömmliche Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) an Effektivität. Stattdessen griff
10 man auf die Nutzung der Quellen-TKÜ zurück, welche laufende Kommunikation vor oder
11 nach der Verschlüsselung abgreift. Ein Zugriff auf gespeicherte Daten war hierbei
12 nicht möglich. Die Quellen-TKÜ muss anders als die herkömmliche TKÜ auf dem
13 entsprechenden Endgerät installiert werden, wozu aktiv Sicherheitslücken durch die
14 Sicherheitsbehörden genutzt werden. Daher stammt auch der Begriff des
15 „Staatstrojaners“.

16 Antrag:

Die große Koalition einigte sich zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf eine

17

Reform des Bundespolizeigesetzes und des Verfassungsschutzrechts, die eine massive

18

Ausweitung der Kompetenz staatlicher Stellen bei der Überwachung von digitalen

19

Endgeräten vornahm. So bekamen alle Bundes- und Landesnachrichtendienste den Zugriff

20

auf die sogenannte „Quellen-TKÜ plus“, welche neben der Überwachung der laufenden

21

Kommunikation auch einen Zugriff auf gespeicherte Nachrichten und Mails ermöglicht.

22

Eine ähnliche Kompetenzerweiterung für die Bundespolizei wurde erst im Bundesrat

23

gestoppt.

24 Diesen Kompromiss lehnen wir ab.

25 Grundsätzlich sehen wir keinen Bedarf der Bundes- und Landesnachrichtendienste für

26 einen Einsatz der „Quellen-TKÜ plus“. Noch vehementer kritisieren wir die Möglichkeit

27 der Nachrichtendienste, diese ohne Zustimmung durch eine oder einen Richter:in

28 anzuwenden. Eine Zustimmung durch die G10-Kommission des Deutschen Bundestags halten

29 wir als Legitimation für einen so schwerwiegenden Eingriff in die persönliche

30 Freiheit nicht für ausreichend.

31 Begründung:

Generell lehnen wir das Instrument der „Quellen-TKÜ plus“ ab. Durch den Zugriff auf

32

gespeicherte Kommunikation in Ergänzung zur Abhörung der laufenden Kommunikation

33

verschwimmen die Grenzen zwischen der herkömmlichen Quellen-TKÜ und der Online-

34

Durchsuchung, für welche viel schwerwiegendere rechtliche Grundsätze und Hürden

35

existieren. Auch deswegen ist die Nutzung der „Quellen-TKÜ plus“ im Rahmen der

36

Strafprozessordnung Bestandteil mehrerer laufender Klagen vor dem

37

Bundesverfassungsgericht. Durch die Ausweitung der Nutzung der „Quellen-TKÜ plus“

38

trägt die Bundesregierung zudem potenziell verfassungswidriges Recht mit.

39 Die Effektivität dieser Maßnahme ist außerdem fraglich. Laut Recherchen des

40 Westdeutschen Rundfunks wurde die Quellen-TKÜ vom Bundeskriminalamt seit ihrer

41 Einführung nicht genutzt. Bereits heute haben Nachrichtendienste und Polizeibehörden

42 umfassende Berechtigungen, Daten, wie beispielsweise Standortdaten, zu sammeln, ohne

43 auf die konkrete Kommunikation zuzugreifen. Auch diese Daten sind dazu in der Lage,

44 beispielsweise extremistische Tendenzen oder Personenzusammenhänge zu erkennen. Statt

45 Daten in einem größeren Umfang zu sammeln, sollten Behörden viel mehr darauf

46 hinarbeiten, Daten effizienter für ihre Ermittlungen zu nutzen.

47 Zur Installation des „Staatstrojaners“ müssen Sicherheitsbehörden bestehende

48 Sicherheitslücken in IT-Systemen ausnutzen. Es besteht bei jeder entdeckten und nicht

49 gemeldeten Sicherheitslücke jedoch die Gefahr, dass diese durch Kriminelle genutzt

50 wird, um Systemen und Menschen zu schaden. Wir fordern ein staatlichen

51 Schwachstellenmanagement, bei welchem bekannte Schwachstellen erfasst und den

52 Betreiber:innen von IT-Systemen bekannt gemacht werden. Nur so kann ein großer

53 Schaden durch staatliche Aktivitäten für die Cybersicherheit vermieden werden.

54 Extremistische Anschläge der Vergangenheit und eine zunehmende gefühlte Unsicherheit

55 dürfen nicht zu einem Hinwegsetzen über die Freiheitsrechte jeder und jedes Einzelnen

56 missbraucht werden. Auch das erhoffte Sicherheitsgefühl, welches die Polizeibehörden

57 und Nachrichtendienste uns vermitteln wollen, kann schnell verfliegen, wenn die

58 Bürger:innen sich mit einer übermäßigen staatlichen Überwachung konfrontiert sehen.

Begründung

(erfolgt mündlich)

Antrag IR 05: Gelebte Demokratie voranbringen. Demokratieförderung konkret gestalten.

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	KV Neckar-Odenwald, KV Main-Tauber
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Demokratieförderung besser und
- 2 konkreter finanziert wird und eine Verstetigung dieser Finanzierung ermöglicht wird.
- 3 Anschließend Weiterleitung an die SPD-Bundestags- und die SPD-Landtagsfraktion.

Begründung

Die SPD und viele Demokratieverbände fordern seit Jahren ein Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliche Projekte in Kommunen, Schulen und weiteren Institutionen langfristig zu fördern, die sich für eine gelebte Demokratie einsetzen. In Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung heißt es: „Wir verteidigen unsere wehrhafte Demokratie“ und „Wir werden den Zustand der Demokratie in Baden-Württemberg laufend evaluieren“. Eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung, die am 30. Juni 2021 vorgestellt wurde, besagt, dass sich die große Mehrheit der Menschen in Deutschland um den Zustand der Demokratie Sorgen mache, zudem annähernd bis zu 50% der Menschen kein gefestigtes Verhältnis zu ihrer Demokratie habe und ihnen der Bezug zwischen ihrem Leben und dem demokratischen Staat fehle. Sie seien zufrieden teilnahmslos, gefühlt desorientiert und hegen teilweise Sympathien für autoritäre Alternativen.

Als SPD setzen wir seit Jahrzehnten auf „Mehr Demokratie wagen“, die immer zusammen mit Rechtsstaatlichkeit gedacht und gemeint ist, um zu verdeutlichen, dass auch Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Menschenwürde und Wahrung der Menschenrechte dazu gehören. Demokratie braucht einerseits Debatten, muss um Vertrauen werben, braucht eine breite Basis an Akteuren im politischen und im vorpolitischen Raum.

Um Demokratieförderung umgehend und konkret zu unterstützen, bitten wir darum, sowohl eine bessere Finanzierung einzufordern und von Einzel-Projekten auf Zeit zu einer Verstetigung der Demokratieförderung überzugehen.

Neben der Etablierung eines Pflichtprogramms „Respekt“ an Schulen, wie es im Koalitionsvertrag geschrieben steht, stellen wir uns ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, da die Demokratie ein absolut nicht verhandelbarer Wert ist. Unter anderem könnte dies sein: die Einsetzung von Demokratiebeauftragten auf Stadt- und Landkreisebene, flächendeckend Bürgerbeauftragte in den Verwaltungen und Behörden, Whistleblower in allen Behörden etablieren, einhergehend mit Aktionsplänen gegen Hasskriminalität und zur Stärkung ehrenamtlich aktiver Personen, - kindgerechte Rathäuser als Anlaufstellen der Vertrauensbildung, Stärkung der Landeszentrale für

politische Bildung in Schulen, auch bei Mitmach-Projekten für Grundschulen, laufend Kinder- und Jugendwettbewerbe zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, - Evaluierung und Auslobung von Förderpreisen für Mitsprache- und Mitwirkungsformate zur Stärkung der Zivilcourage, Unterstützung von Jugendgemeinderäten, auch durch Budgetierung seitens des Landes, Lehrerfortbildung im Bereich „Gemeinschaftskunde“, Demokratieförderung und Mitwirkungsformate als Teil der Erzieher*innenausbildung einführen, Medienkompetenz als stetiges Fortbildungsprogrammangebot müsse für sämtliche Bildungsträger gelten.

Da Demokratie etwas ist, das wir laufend wieder erarbeiten und ausloten müssen, halten wir es für immens wichtig, Demokratieförderung so konkret wie möglich und vor allem umgehend in Konzepten und Programmen umzusetzen. Demokratieförderung kostet, aber ohne Demokratie geht uns ein großer Wert verloren, für den Sozialdemokrat*innen seit über 154 Jahren auch ihre Freiheit und ihr Leben gelassen, aber nicht ihre Ehre haben nehmen lassen (frei nach Otto Wels).

Antrag IR 06: Allgemeines Vorkaufsrecht von Kommunen an bebauten und unbebauten Grundstücken und Wohnungen

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Beschlusslage (LPT vom 28.04.2018 in Bruchsal)
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Zur Ordnung und zur Steuerung des Boden- und Wohnungsmarktes sowie zur Erleichterung
- 2 einer Bodenvorratspolitik setzt sich die SPD für die Einräumung eines allgemeinen
- 3 Vorkaufsrechts durch Kommunen an bebauten und unbebauten Grundstücken sowie
- 4 Wohnungen auf Ihrem Gemeindegebiet ein. Zur Ausübung des Vorkaufsrechts sind keine
- 5 Gründe anzugeben. Vom Gesetzgeber sind Regelungen zu treffen, die es rechtfertigen,
- 6 Rechtsgeschäfte zu versagen, wenn der Kaufpreis des Grundstückes bzw. der Wohnung in
- 7 einem groben Missverhältnis zum Wert steht. Spezialgesetzliche Vorkaufsrechte und
- 8 Wechsel des Eigentums in der Familie stehen im Rang vor dem allgemeinen Vorkaufsrecht
- 9 der Kommunen.

Begründung

Im Baugesetzbuch sind verschiedene Vorkaufsrechte für Kommunen niedergeschrieben, die jedoch in der Regel eine aufwändige Analyse der Voraussetzungen erfordern (Ausweisung von Sanierungs- oder Milieuschutzgebieten, Änderung von Bebauungsplänen in der Fläche, ...). Gerade im Wohnungsbestand wäre dies mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Im Wohnungsbestand haben Kommunen somit wenig Möglichkeiten, den Wohnungs- und Bodenmarkt zu ordnen oder Tauschobjekte zu erwerben. Da im Ballungsraum nur noch begrenzte Neubauf Flächen erschlossen werden können, kommt der Ordnung des Wohnungs- und Bodenmarktes vor allem im Bestand eine große Bedeutung zu.

Die Kommunen erlangen ferner oft erst Kenntnis von Grundstücksverkäufen, wenn diese zwischen Alteigentümer und Kaufinteressent schon beurkundungsreif sind; auf privatrechtlichem Weg alleine ist zu diesem Zeitpunkt selten noch eine Einigung mit der Kommune möglich.

Durch Einräumung eines allgemeinen Vorkaufsrechtes der Kommunen wird mehr Transparenz im Grundstücksverkehr geschaffen und die Kommune erlangt frühzeitig Kenntnis von Grundstücksverkäufen.

Der zweite Absatz soll verhindern, dass anhand von Scheingeschäften und Schwarzgeldwäsche die Boden- und Wohnungspreise unverhältnismäßig in die Höhe getrieben werden. Eine Regelung vergleichbar der Mietpreisbremse.

Der dritte Absatz regelt den Rang bereits bestehender gesetzlicher Regelungen.

Die größte Hürde in der politischen Diskussion stellt die Frage dar, wie weit in die Vertragsfreiheit und das Eigentum nach Art. 14 GG im öffentlichen Interesse eingegriffen werden darf. Hierbei stellt sich die Frage, ob es uns als SPD gut kommt, darüber zu diskutieren, was alles nicht geht oder was uns im Hinblick auf die Schaffung bzw. Erhalt von bezahlbarem Wohnraum wichtig ist. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gilt es im Zweifel als Grundrecht festzusetzen, als SPD dafür zu kämpfen und Mehrheiten in der politischen Diskussion zu gewinnen. Aus diesem Grund ist der Antrag als Arbeitsauftrag an die Bundes-SPD formuliert, um die Möglichkeiten einer rechtmäßigen Umsetzung zu prüfen.

Man könnte natürlich einwenden, das allgemeine Vorkaufsrecht stehe im Widerspruch zu Art. 14 GG. Es gibt jedoch bereits gesetzliche Vorkaufsrechte, um Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern! Sie sind kaum bekannt:

- Reichssiedlungsgesetz (RSiedlG) vom 11.08.1919, zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 2 G v. 29.7.2009
Das Reichssiedlungsgesetz sieht zur Erleichterung der [landwirtschaftlichen Landbeschaffung](#) und [Ansiedlung](#) die Bildung [gemeinnütziger](#) Siedlungsunternehmen vor, die mittels gesetzlicher [Vorkaufsrechte](#), hilfsweise auch durch [Enteignung](#), Land zu Siedlungszwecken erwerben und weitergeben.
- Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Grundstückverkehrsgesetz - GrdstVG) vom 28.07.1961, zuletzt geändert durch Artikel 108 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008
Mit dem Grundstückverkehrsgesetz (GdstVG), das in den Geschäftsverkehr mit landwirtschaftlich genutzten Grundstücken kontrollierend eingreift, verfolgt der Gesetzgeber in Deutschland vornehmlich drei Zwecke:
 - 1.) Die Sicherung des Fortbestandes land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, indem die Landwirtschaft vor dem Ausverkauf ihres Bodens geschützt wird (mikroökonomischer Aspekt).
 - 2.) Besonders betont wird der Schutz von Natur und Umwelt, indem die Agrarstruktur erhalten und verbessert wird.
 - 3.) Die Sicherung der Ernährungsvorsorge der Bevölkerung (makroökonomische Aspekte).

Hierzu hat der Gesetzgeber u.a. folgende Regelung getroffen: Die [rechtsgeschäftliche Veräußerung](#) land- und forstwirtschaftlicher Betriebe bedarf der behördlichen Genehmigung in einem besonderen Genehmigungsverfahren (§§ 2 ff. GrdstVG).

Dieses Gesetz wird in Baden-Württemberg umgesetzt mittels Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz - ASVG) vom 10. November 2009, letzte Änderung: §§ 2, 14, 30 und 34 geändert durch Artikel 51 der Verordnung vom 23. Februar 2017.

Die genannten Gesetze erlauben mit dem Ziel der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung einen Eingriff in das Eigentum und die Vertragsfreiheit. Neben der Ernährungssicherung stellt die Versorgung der Bevölkerung mit hinreichend bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten ein vergleichbares Grundbedürfnis und somit Grundrecht dar. Hierfür lohnt es sich als SPD zu kämpfen.

Da Kommunen zum Vertragspreis in den Kaufvertrag einsteigen müssen, ist aufgrund begrenzt zur

Verfügung stehender Haushaltsmittel auch nicht damit zu rechnen, dass Kommunen den Bodenmarkt vollständig beherrschen.

Bei der Forderung nach einem allgemeinen Vorkaufsrecht sind wir außerdem in guter Gesellschaft mit dem Deutschen Städtetag und vielen weiteren wohnungspolitischen Organisationen. Andreas Stoch hat sich im März auf seiner Dialogtour in Karlsruhe ebenfalls für ein allgemeines Vorkaufsrecht für Kommunen stark gemacht.

Quellen: www.wikipedia.org, www.gesetze-im-internet.de und www.landesrecht-bw.de

Antrag IR 07: Bessere Kontrolle bei der Verbeamtung

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Wir fordern die SPD Landtags- und Bundesfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen,
- 2 dass ein zweiter Amtsarzt eine Beurteilung für die Verbeamtung abgeben muss, wenn das
- 3 erste Urteil negativ ausfällt und eine Verbeamtung dadurch nicht möglich ist. Kommt
- 4 der zweite Amtsarzt zu einem positiven Ergebnis, entscheidet das Urteil eines dritten
- 5 Amtsarztes. Außerdem muss es Aufklärungskampagnen geben, die den Menschen die Angst
- 6 nehmen eine Psychotherapie in Anspruch zu nehmen, weil sie fürchten, dann nicht
- 7 verbeamtet zu werden.

Begründung

2013 hat das Bundesverwaltungsgericht die bis dahin hohen gesundheitlichen Anforderungen deutlich gesenkt: „Angesichts der Unsicherheiten einer über einen derart langen Zeitraum abzugebenden Prognose dürfen die Anforderungen an den Nachweis der gesundheitlichen Eignung nicht überspannt werden. Für eine negative Prognose bedarf es daher tatsächlicher Anknüpfungspunkte, die eine vorzeitige Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen als überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen.“

Weiterhin bestehen zwei Probleme:

1. Die Menschen, überwiegend angehende Lehrer:innen, die voraussichtlich verbeamtet werden wollen, trauen sich trotz des Urteils von 2013 nicht in psychotherapeutische Behandlung zu gehen. Dadurch entsteht ein Teufelskreis, da sich psychische Krankheiten wie Depression durch solche Bedingungen verstärken. Sie haben Angst davor, dass der Amtsarzt die Behandlung als Grund dafür nimmt, eine Verbeamtung auf Lebenszeit zu verhindern. Diese Abhängigkeit von einer Person sollte unterbunden werden. Es wäre eine Maßnahme, der Angst entgegen zu wirken. Des Weiteren müssen Aufklärungskampagnen stattfinden, um das neue Rechtsurteil zu verbreiten.
2. Psychische Krankheiten werden in der Gesellschaft weiterhin stigmatisiert. Obwohl diese Krankheiten, wie die meisten anderen auch, durch Therapie und Medikamente erfolgreich behandelt werden können (Vergleich Beinbruch). Auch die Amtsärzt:innen können sich der gesellschaftlichen Stigmatisierung nicht entziehen. Die Kontrolle einer:s Kolleg:in sensibilisiert sie für das Thema. Warum sollten gesundheitliche Probleme überhaupt eine

Verbeamtung verhindern? Als Beamter/Beamtin stellt man sich in die Dienste des Staates, für sein ganzes Arbeitsleben. Diese Entscheidung bringt viele finanzielle und gesellschaftliche Vorteile mit sich. Allerdings sollte dafür eine gewisse Grundlage vorausgesetzt werden, dass man in der Lage ist, die volle Lebensarbeitszeit

zu erfüllen. Die ungleiche Bezahlung von verbeamteten und „normal“ angestellten Lehrer:innen ist ein Problem, das auf eine andere Art und Weise gelöst werden muss.

Quellen:

<https://www.felser.de/blog/bverwg-gesundheitliche-eignung-bei-beamten/>

Antrag IR 08: Ausbildung von Polizist:innen und Jurist:innen in Antisemitismus und Verschwörungsmmythen

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Landesvorstand
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Wir fordern den SPD-Landes- und Bundesvorstand dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass
- 2 in der Ausbildung von Polizist:innen und Jurist:innen das Thema Antisemitismus und
- 3 Verschwörungsmmythen ein fester Bestandteil des Lehrplans wird.

Begründung

Bisher sind Antisemitismus und Verschwörungsmmythen kein fester Bestandteil der polizeilichen und juristischen Ausbildung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Probleme mit diesen Themen tief in unserer Gesellschaft verankert sind und gerade Jurist:innen und Polizist:innen sich in ihrem Alltag damit auseinandersetzen müssen.

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimatintegration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-indeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Antrag IR 09: Geschlechtergerecht in Wort und Schrift

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg erarbeitet in Zusammenarbeit mit
- 2 dem Sozialministerium und der LAG (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen-
- 3 und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg) bis Dezember 2023 einen
- 4 verwaltungsinternen Leitfaden, dass und wie alle öffentlichen Einrichtungen des
- 5 Landes und der Kommunen in ihrer internen und externen Kommunikation
- 6 geschlechtergerechte Sprache verwenden.

Begründung

Sprache ist Macht. Wofür wir keine Worte haben, können wir nicht denken.

Wenn wir in unserer Sprache Diversität nicht abbilden, denken wir nicht an unterschiedliche Menschen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass wir nur bedenken, was wir auch benennen. Wenn jedoch staatliche Einrichtungen die Hälfte der Bevölkerung nicht mitdenken, dann kann keine gute demokratische Politik gemacht und umgesetzt werden.

Geschlechtergerechte Sprache, Sprache welche die Diversität der Realität abbildet, ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer gerechten, toleranten Politik. Dennoch gibt es für die Landesbehörden in Baden-Württemberg keine aktuelle einheitliche Vorgaben, wie Stellenanzeigen, Antragsformulare, Pressemitteilungen, Bescheide, Grußworte, Verordnungen und Gesetze etc. formuliert werden in Bezug auf Diversität und Geschlechtergerechtigkeit. Das letzte verfügbare Merkblatt, das offenbar immer noch gilt, ist von 2009. Seitdem hat sich auch sprachlich einiges getan, die Diskussion um das Gendersternchen, das auch in der gesprochenen Sprache mehr und mehr selbstverständlich verwendet wird, ist ein Beispiel dafür. Gerade öffentliche Einrichtungen sollten sich ihrer Vorbild- und Vorreiterfunktion bewusst sein.

Andere Bundesländer haben aktuellere Empfehlungen und es zumindest für Verordnungen und Gesetze auch verbindlich verankert, dass eine geschlechtergerechte Sprache verwendet werden soll.

„Demokratie heißt auch, Werte zu begreifen und sprachlich umzusetzen“, sagt die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling. Wenn wir Demokratie stärken und schützen wollen, müssen wir unsere Werte von Gleichheit sprachlich umsetzen – und eine Sprache verwenden, die geschlechtergerecht und divers ist.

Gerade das Land, das so stolz ist, alles zu können außer Hochdeutsch, sollte in der Sprache neben den wunderschönen Dialekten auch die Vielfalt der Menschen abbilden.

Antrag IR 10: Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte und besonders gefährdete Frauen

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird aufgefordert, auch nach dem Ende der
- 2 Evakuierungen aus Kabul, ein Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte sowie
- 3 für besonders gefährdete Frauen aufzulegen.

Begründung

Das Ende der Evakuierung darf nicht das Ende der Unterstützung bedeuten.

Die vielen Aktivistinnen und Ortskräfte haben über zwei Jahrzehnte für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft eingesetzt. Durch die Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten haben sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt.

Besonders betroffene Frauen und Ortskräfte benötigen bei uns Schutz und eine Perspektive auf Integration und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Für sich und ihre Familien.

Diese Menschen sind akut von Folter und Tod bedroht und benötigen Sicherheit und Schutz.

Baden-Württemberg darf sich, allein durch bürokratische Hürden, seiner Verpflichtung hier nicht entziehen.

Antrag PO 01: Verbot der Vereinbarkeit von Amt und Delegiertenmandat

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 **Verbot der Vereinbarkeit von Amt und Delegiertenmandat**
- 2 **Stärkung der innerparteilichen Demokratie und einer lebendigen Diskussionskultur.**
- 3 **Sachverhalt:**
- 4 Die Landes- bzw. Bundesparteitage sollen den parteiinternen Willensbildungsprozess
- 5 fördern und die Möglichkeit der innerparteilichen Demokratie stärken. Ebenfalls haben
- 6 Parteitage die Funktion Führung und Fraktion zu kontrollieren bzw. für politische
- 7 Entscheidungen zu bewegen.
- 8 In der Vergangenheit konnten jedoch viele Amtsträger*innen in ihrem Sinne auf die
- 9 Mehrheitsfindungen der Parteitage durch die gleichzeitige Ausübung eines
- 10 Delegiertenmandates entscheidenden Einfluss nehmen. Die Zustimmung des
- 11 Bundesparteitages zur Großen Koalition ist ein Beispiel hierfür.
- 12 Ebenfalls ist es für einfache Mitglieder der Partei nahezu unmöglich, stimmberechtigt
- 13 an Parteitag teilzunehmen, da oft Amtsträger*innen auch durch ihre Bekanntheit die
- 14 meisten Stimmen erhalten. Die parteiinterne Durchlässigkeit und Transparenz wird
- 15 dadurch erheblich behindert.
- 16 Wir fordern daher den Landes- bzw. Bundesvorstand auf eine Änderung der
- 17 entsprechenden Regelungen hinzuwirken, wodurch die gleichzeitige Ausübung eines Amtes
- 18 (ab Landesebene – z.B. Abgeordnete und Regierungsmitglieder) innerhalb der Partei
- 19 sowie eines Delegiertenmandates verboten wird.
- 20 Selbstverständlich haben Amtsträger*innen auch weiterhin volles Rede- und
- 21 Beratungsrecht um ihr Wissen einzubringen.

Antrag PO 02: Keine mit SPD-Mitteln finanzierten Inlandsflüge nach Berlin

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Landesvorstand
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 Künftig soll es nicht mehr möglich sein, dass Delegierte für den SPD-Bundesparteitag
- 2 eine Fahrtkostenabrechnung vornehmen können, die einen Inlandsflug von Baden-
- 3 Württemberg nach Berlin ganz oder anteilig finanziert.
- 4 Der Landesvorstand wird zusätzlich gebeten, eine Richtlinie zu entwickeln, die
- 5 empfiehlt, dass MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle grundsätzlich auf die
- 6 Deutsche Bahn für Dienstreisen nach Berlin zurückgreifen, falls diese Regelung bisher
- 7 nicht vorhanden ist.

Begründung

Die SPD bemüht sich um effektiven Klimaschutz. Dabei muss sie selbst ein Vorbild sein und auf Flugreisen innerhalb Deutschlands verzichten.

Antrag PO 04: Mehr Demokratie vor Ort wagen. Stärkung der innerparteilichen Demokratie und einer lebendigen Diskussionskultur.

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 **Mehr Demokratie vor Ort wagen.**
- 2 **Stärkung der innerparteilichen Demokratie und einer lebendigen Diskussionskultur.**
- 3 Das Parteistatut räumt die Möglichkeit ein, dass Delegierte für den Bundesparteitag
- 4 und Parteikonvent auf „Unterbezirksebene“ sprich auf Kreisverbandsebene gewählt
- 5 werden können (§ 15 (1) Organisationsstatut).
- 6 Wir stellen den Antrag, dass die Satzung der Landes-SPD BW dahingehend geändert wird,
- 7 dass die Delegierten für den Bundesparteitag und den Parteikonvent zukünftig auf
- 8 Kreisverbandsebene gewählt werden.
- 9 In der Satzung sind in § 12 (1) Nr . 4 und Nr. 5 zu streichen und zu ersetzen:
- 10 § X
- 11 Die Wahl der Parteitagsdelegierten des Landesverbandes und die Wahl der Delegierten
- 12 für den Parteikonvent des Landesverbandes wählen die Kreisverbände auf ihren
- 13 Parteitag.

Begründung

Wir wollen die Demokratie in unseren Kreisverbänden stärken.

Die Landes- bzw. Bundesparteitage sollen den parteiinternen Willensbildungsprozess fördern und die Möglichkeit der innerparteilichen Demokratie stärken. Ebenfalls haben Parteitage die Funktion Führung und Fraktion zu kontrollieren bzw. für politische Entscheidungen zu bewegen.

Die Delegierten für den Bundesparteitag und den Parteikonvent werden in der SPD Baden-Württemberg auf den Landesparteitagen gewählt. Oftmals werden dort nur jene Personen als Delegierte gewählt, die aus ihrer bisherigen Funktion heraus bekannt sind, kurz vor dem Landesparteitag auf sich aufmerksam gemacht haben oder bei den anderen Landesparteitagdelegierten am besten um deren Wahl geworben haben.

Weiter ist festzuhalten, dass Kreisverbände nicht entsprechend ihrer Mitgliederstärke bei BW-Delegation repräsentiert werden.

Die parteiinterne Durchlässigkeit und Transparenz wird dadurch das bisherige Verfahren erheblich

behindert.

Antrag PO 07: Wahl des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 **Wahl des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl**
- 2 Der Landesparteitag möge folgende Änderung der
- 3 Statuts beschließen:
- 4 In § 12, Abs. (1) wird der Punkt 6. ersatzlos gestrichen.

Begründung

Die Kür des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin unterliegt keinem Parteien oder Wahlgesetz. Es ist daher nicht zwingend notwendig dafür einen Parteitag einzuberufen.

Selbstverständlich soll möglichst auch weiterhin ein Parteitag den SpitzenkandidatInnen eine mediale und inhaltliche Bühne bieten. Wie wir an der Coronakrise sehen, benötigen wir mehr Flexibilität. Sollte ein Parteitag nicht möglich sein, kann die Partei den/die Spitzenkandidaten/in auch anderweitig küren, z.B. per Online Abstimmung.

Dies eröffnet uns zudem neue Möglichkeiten in der Einbindung unserer Mitglieder bei der Wahl. Die technischen Möglichkeiten ändern sich, und es gibt keinen Grund uns per Satzung an eine Wahl durch Delegierte auf einem Landesparteitag festzulegen. Wird die Änderung beschlossen, hat der Vorstand die Freiheit Neues zu probieren, kann es aber auch bei einem Landesparteitag belassen.

Bei mehreren Kandidaturen für die Spitzenkandidatur, kann der Landesvorstand zum Beispiel bereits nach § 20 des Status eine Urwahl ansetzen und hat für das Wahlprozedere bereits mit § 20, Abs. (4) alle Freiheiten.

So wie die Satzung aktuell ist, können wir den Spitzenkandidaten nicht online wählen, denn ein Parteitag kann online abgehalten werden, aber im Statut wird für Wahlen (explizit nicht für Beschlussfassungen) geheime Wahl verlangt, was online nur schwer zu kontrollieren ist (es muss z.B. sichergestellt sein, dass nur der/die Delegierte abstimmt, keine andere Person für diese).

Antrag SF 01: Einführung einer Transportsteuer

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	SF - Steuern und Finanzen

- 1 Wir fordern zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs die Einführung
- 2 einer Transportsteuer, die von Arbeitgebern erhoben wird.

Begründung

In Frankreich gibt es diese Steuer bereits seit den 70er Jahren, mittlerweile in allen Ballungsgebieten mit mehr als 10.000 Einwohnern. Kommunen oder Kommunalverbände können entscheiden, ob und in welcher Höhe sie diese erheben wollen. Im Jahr 2018 wurden dadurch rund 9,8 Milliarden Euro eingenommen, die Steuer finanzierte damit 43 % der Betriebskosten des ÖPNV.

Quellen:

https://www.mowin.net/fileadmin/mowin/dokumente/Nahverkehrstage/2019/06_Frau_Stoycheva_Instrumente_der_Finanzierung_des_OEPNV_in_Frankreich.pdf
<https://www.iledefrance-mobilites.fr/decouvrir/financements>

Antrag UV 01: Alternative Fahrzeugantriebe erforschen und fördern

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	OV Denzlingen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 **Alternative Fahrzeugantriebe erforschen und fördern**
- 2 Wir fordern den Landesparteitag auf zu beschließen, dass Alternativen zum E-Auto
- 3 stärker erforscht und gefördert werden.

Begründung

Die Förderung und Festlegung auf E-Autos schafft neue Abhängigkeiten, berücksichtigt nicht bzw. nicht ausreichend die Umweltbelastungen die durch das Gewinnen von Lithium entstehen, Die Lebensgrundlagen der Menschen werden erheblich beschnitten oder sogar vernichtet.

Antrag UV 02: Kreuzfahrt-Angebote des SPD-Reiseservice

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf, dass er sich klar dazu positioniert, dass
- 2 ein Angebot von Kreuzfahrten mit dem Namen SPD-Reiseservice nicht vereinbar ist.

Begründung

Auf einer siebentägigen Kreuzfahrt auf einem Schiff mit 2000 bis 3000 Passagieren zu zweit in einer Standardkabine ist der einzelne Gast für 1,5 Tonnen CO2 verantwortlich. Fasst das Schiff nur 500 bis 1000 Gäste, sind es laut dem Rechner von Myclimate schon 2,4 Tonnen. Dabei ist nur die Reise auf dem Schiff selbst mit eingerechnet. Den Weg zum Schiff und wieder zurück muss noch hinzugezählt werden. Die SPD möchte Klimaschutz betreiben. Dabei glaubwürdig zu sein, ist für die SPD eine große Herausforderung. Im SPD-Reiseservice eine Kreuzfahrt anzubieten, macht es unmöglich, den Wähler:innen ernsthaft zu vermitteln, dass die SPD den Klimawandel verlangsamen möchte.

Außerdem sind die Kreuzfahrtschiffe für viele Städte eine große ökologische und kulturelle Belastung. In kurzer Zeit begeben sich Tausende Menschen in kleine Küstenstädte und machen das Leben für die Bewohner:innen zur Katastrophe. Außerdem leidet die Umwelt im Küstengebiet. Die lauten und mit Schweröl betriebenen Motoren vernichten ganze Tierwelten. Nicht nur, weil die Schiffe das Sterben der Meere vorantreiben und für Stress bei den Tieren sorgen, sondern auch, weil Parasiten, Keime oder invasive Arten eingeschleppt werden. Da die kleinen Boote, die die Touristen zu Riffen bringen, dort Anker werfen müssen, werden jährlich große Korallen-Flächen zerstört. Denn Anker haken sich am Riffgrund fest und reißen beim Einholen große Korallen-Teile los. Auf ähnliche Art und Weise werden auch das größte Korallenriff der Welt, das Great Barrier Reef in Australien, oder die Riffe im roten Meer Jahr für Jahr beschädigt. In Venedig verursacht der Ruß der Schiffe, dass die Fassaden der historischen Gebäude schwarz werden, was die Restaurierung und Instandhaltung erschwert.

Antrag UV 03: Böllern an Silvester verbieten

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 Das jährliche Silvesterfeuerwerk verursacht viele Verletzungen und erhebliche
- 2 Belastungen für Mensch, Tier und Umwelt unter Anderem durch Lärm, Müll, Feinstaub und
- 3 Emissionen.
- 4 Daher fordern wir das Verbot des Kaufs und der Nutzung von Pyrotechnik der Kategorie
- 5 2 auch an Sylvester wie bisher schon vom 2. Januar bis 30. Dezember.
- 6 Konkret fordern wir die Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1.
- 7 SprengV), so dass ganzjährig pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2
- 8 ausschließlich durch Inhaber:innen einer Erlaubnis nach § 7 oder § 27 des Gesetzes
- 9 über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG), eines Befähigungsscheines nach § 20
- 10 SprengG oder einer Ausnahmegewilligung nach § 24 Abs.1 der 1. SprengV verwendet und
- 11 gekauft werden dürfen. Das Silvesterfeuerwerk ist eine langjährige Tradition in
- 12 Deutschland und daher fordern wir als Ersatz für privates Feuerwerk die Kommunen dazu
- 13 auf Feuerwerke oder am Besten Lichtshows für alle Bürger:innen durchzuführen.

Begründung

Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 enthalten Sprengstoff der ausreichend ist schwere Verletzungen hervorzurufen. Das Problem ist nicht nur, dass sich Personen selbst die Hand absprengen kann, sondern, dass sie zusätzlich Andere gefährden, insbesondere Kinder und Tiere. Zusätzlich zur Verletzungsgefahr herrscht eine immense Brandgefahr. Für Feuerwehr, Rettungsdienst und Notaufnahmen ist die Silvesternacht der reinste Albtraum. II. Für die Tierwelt, Kleinkinder und ältere Menschen sind die Knallgeräusche eine schwere Belastung. Laut Umweltbundesamt „[...] landen jedes Jahr Menschen mit Verletzungen durch Feuerwerkskörper in der Notaufnahme – mit Verbrennungen oder Augenverletzungen bis hin zu dauerhaften Hörschäden. In Deutschland erleiden jährlich 8.000 Menschen zu Silvester Verletzungen des Innenohrs durch Feuerwerkskörper. Rund ein Drittel dieser Menschen behält bleibende Schäden, so eine Meldung im Deutschen Ärzteblatt im Jahre 2013. Dazu kommt die enorme Feinstaubbelastung. Ute Dauert, Meteorologin und Leiterin des Fachgebiets „Beurteilung der Luftqualität“ im Umweltbundesamt sagt im Interview mit der Süddeutschen Zeitung: „Die Feinstaub-Emissionen, also was vom Silvesterfeuerwerk freigesetzt wird, liegen seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau von etwa 4000 Tonnen. Aber wenn wir auf die gemessenen Konzentrationsdaten schauen, dann treten in den ersten Stunden des neuen Jahres die höchsten

Feinstaubwerte innerhalb eines Jahres auf. Da sprechen wir von Stundenwerten, die häufig weit über 1000 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen. Zum Vergleich: Im Jahresdurchschnitt lagen wir 2018 in den städtischen Wohngebieten bei 18 Mikrogramm pro Kubikmeter. Also das ist schon ein explosionsartiger Anstieg - im wahrsten Sinne des Wortes.“ Das Umweltbundesamt erklärt zu den Folgen von hoher Feinstaubbelastung: „Das Einatmen von Feinstaub gefährdet die menschliche Gesundheit. Die Wirkungen reichen von vorübergehenden Beeinträchtigungen der Atemwege über einen erhöhten Medikamentenbedarf bei Asthmatikern bis zu Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Problemen.“ III. Die Müllbelastung durch die Nutzung von Feuerwerkskörpern ist enorm. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) äußert sich dazu folgendermaßen: „In vielen deutschen Städten und Regionen wird der Jahresabschluss mit Feuerwerkskörpern, Böllern, Mehrschussbatterien und Ähnlichem gefeiert. Diese bleiben nach dem Abfeuern häufig auf Straßen und Gehwegen liegen. Allein in den fünf größten deutschen Städten (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main) entfernen die kommunalen Abfallentsorger am Neujahrstag rund 191 Tonnen Silvesterabfall.“ Das führt zu total vermüllten Städten in den ersten Tagen des Jahres, sowie zu einer komplett vermüllten Natur. Zudem ist dieser Müll in keinster Weise recyclebar. IV. Laut einer YouGov-Studie sagen 86% der Deutschen Silvesterknaller würden zu viel Müll verursachen und 65% geben an keine Silvesterknaller zu kaufen. Die Tagesschau schreibt: „Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger spricht sich aus Umwelt- und Sicherheitsgründen für ein Verbot von Böllern zu Silvester aus. Laut einer repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts YouGov für das "RedaktionsNetzwerk Deutschland" befürworten 57 Prozent ein Verbot. 36 Prozent sprechen sich dagegen aus, sieben Prozent sind unentschieden. [...] Bei Anhängern aller Parteien findet ein Verbot demnach eine deutliche Mehrheit. Nur die Wähler der AfD befürworten ein Verbot lediglich zu 40 Prozent.“